

# zu|schnitt #01

**Regeln und Regelbruch in Systemtheorie und Institutionenökonomie**

Department for Public Management & Governance

von Alihan Kabalak, David Klett, Birger P. Priddat

## Inhalt

A.	Einleitung	2
B.	Institutionenökonomik und Systemtheorie	3
C.	System- und Institutionentheorien in Opposition	5
1.	Beobachtung und Erkenntnis	7
2.	Informationsmangel	9
D.	Wege zur Integration der Sichtweisen	10
1.	Theoretische Perspektive	10
2.	Konstruktivismus	11
3.	Sinn	11
4.	Regelmäßigkeit als Form	13
5.	Komplexitätsreduktion	14
6.	Transaktionskosten und Selbstbeschreibung	15
7.	Recht	17
E.	Organisationen	19
1.	Organisation systemtheoretisch	19
2.	Organisation institutionenökonomisch	20
3.	Organisationen und Institutionen	20
F.	Regelbruch	23
1.	Regelbruch und Stabilität	23
2.	Regelbruch und Wandel	25
G.	Fazit	31
H.	Literatur	32

## A. Einleitung

Die Institutionenökonomie<sup>1</sup> hat erst Transaktionskosten (Coase), dann die transaktionskostensenkende Wirkung von Transaktionsregeln (Williamson), dann von gesellschaftlich anerkannten Regeln und Normen im allgemeinen (North)<sup>2</sup> entdeckt und sich deren Erforschung zum Programm gemacht. Nun sind Regeln so gewöhnlich wie ihr Bruch. Er wird von der Institutionenökonomik regelmäßig dadurch eingedämmt, daß sie auf ihn eine Sanktion folgen läßt, um die Regel selbst stabil zu halten. Das können sowohl eine externe Schiedsinstanz (*third party enforcer*)<sup>3</sup> in Form einer Bestrafungsaktion als auch Mitglieder des betroffenen Kollektivs durch Ächtung und Meidung des Übeltäters übernehmen.

Die deutsche Kommunikationstheorie sozialer Systeme<sup>4</sup> behandelt Regel und Regelbruch aus einer anderen Perspektive. Sie untersucht die Mechanismen der Erhaltung von Regelmäßigkeit und toleriert auch Regelbrüche, wenn sie dazu dienlich sind. Der vorliegende Text geht der Frage nach, ob und in wie weit eine solche Perspektive trotz erheblicher methodischer Divergenz die Theorie der Institutionen bereichern kann.

Nachfolgend werden Systemtheorie und Institutionenökonomie daher kritisch einander gegenübergestellt. Im Zentrum steht der Versuch, den ökonomischen Regel- beziehungsweise Institutionenbegriff im Lichte der soziologischen Theorie neu zu justieren.

---

<sup>1</sup> Wir werden im Folgenden zunächst nicht explizit zwischen diversen Strömungen innerhalb der neueren Institutionenökonomik unterscheiden, solange es um grundlegende Konzepte von Institutionentheorien geht. Für Überblick und Einführung siehe Richter / Furubotn 2003; Brousseau / Glachant 2002; Kasper/ Streit 1998; Streit/Mummert/Kiwit 2000; Voigt 2002.

<sup>2</sup> Das meint Coase 1937 und 1960, Williamson 1973 und North 1990.

<sup>3</sup> Vgl. strukturell Barzel 2002.

<sup>4</sup> Gemeint ist die Systemtheorie Niklas Luhmanns in Abgrenzung zu anderen Systemtheorien, etwa von Parsons oder Habermas. Siehe zu dieser Abgrenzung Jokisch 1996: 16 f. Für eine Einführung in die Systemtheorie siehe: Luhmann 2002; Luhmann 1984; Luhmann 1998. Vgl. auch Baecker 1999 + 2003.

## B. Institutionenökonomik und Systemtheorie

Institutionenökonomik und Systemtheorie reagieren gleichermaßen auf Paradigmen und Schulen, die ihre Wissenschaftsdisziplinen bislang international dominieren. Die Institutionenökonomik wendet sich nicht nur – im Verein mit anderen heterodoxen Strömungen<sup>5</sup> – gegen eine Ökonomie, die ihre Modellannahmen derart idealisiert, daß sich ihre empirische Brauchbarkeit auf einen knappen Ausschnitt des Wirtschaftsgeschehens begrenzt;<sup>6</sup> sie macht sich gerade das zum Untersuchungsobjekt, was die Neoklassik als institutioneller Unterbau des Wirtschaftens als gegeben setzt, um mit ihrer Argumentation überhaupt einsetzen zu können.

Die Luhmannsche Systemtheorie stellt sich einerseits gegen „eine „kritische“ Soziologie (...), die Methodologie dadurch ersetzt, daß sie die Auffassungen ihrer (von ihr aus gesehenen) Gegner an ihren kritischen Ambitionen mißt“<sup>7</sup> – um Namen zu nennen: die Theorie kommunikativen Handelns und ihr Begründer Jürgen Habermas. Andererseits hebt sich die Systemtheorie als Theorie der Kommunikation gegen soziologische Handlungstheorien (vornehmlich derjenigen in der Tradition Parsons'<sup>8</sup>) ab, die brisanterweise in theoretischer Nachbarschaft zu Institutionenökonomiken liegen.<sup>9</sup>

Die soziologische Systemtheorie erklärt ihren Ausgangspunkt zu einer Aufklärung im Sinne einer „Abklärung der Aufklärung“<sup>10</sup>, oder anders gesagt, die Problematisierung des Postulats der Vernunftaufklärung, der „objektiven Ordnung des subjektiven Welterlebens“<sup>11</sup>. Aus der konstruktivistischen Sicht der Systemtheorie können solche apriorischen Schranken nur in der Kommunikation benutzte Selbstbeschreibungen, wenn man so will, soziale Konstruktionen<sup>12</sup> sein.

Die Bedingung der Möglichkeit einer Gesellschaft ist für die Systemtheorie Kommunikation.<sup>13</sup> Entsprechend stellt sie in ihrer Beobachtung der sozialer Prozesse von Handlungen auf Kommunikationen und deren Beziehungen (zu sich selbst) um und stellt sich damit vorerst in Opposition zum institutionentheoretischen Ansatz. Sie entwirft eine Theorie der Gesellschaft, die in Teilsysteme aus spezifischen Kommunikationsformen funktional differenziert ist. Nichts, was kommuniziert wird, wird außerhalb der Gesellschaft kommuniziert. Auch die Systemtheorie selbst steht nicht ‚außen vor‘ und muß sich als Selbstbeschreibung der Gesellschaft autologisch mitberücksichtigen<sup>14</sup>.

Als ein möglicher und vielbeachteter Startpunkt der Institutionenökonomie kann die Verwunderung über empirische Beobachtungen bestimmt werden, deren Erklärung der neoklassischen Theorie äußerst schwer fällt: Menschen vertrauen bisweilen einander, ohne die

<sup>5</sup> Siehe etwa Nelson / Winter 1982, Hermann-Pillath 2002 zur Evolutionsökonomik, die sich gerne in Opposition zur Neoklassik definiert und dabei immer noch nach einer tragfähigen positiven Definition ökonomischer Evolution sucht: Witt 2003.

<sup>6</sup> Siehe hierzu z.B. eine kurzweilige Kritik von Frey 2000.

<sup>7</sup> Vgl. Luhmann 1998: 36.

<sup>8</sup> Siehe etwa Jensen 2003 für eine Gegenüberstellung der Positionen Parsons' und Luhmanns.

<sup>9</sup> Siehe Hall / Taylor 1996 für eine Behandlung dreier Varianten des ‚Institutionalismus‘ und von deren Verhältnis zur Politikwissenschaft. Hall und Taylor unterscheiden dort einen historischen, einen rational choice- und einen soziologischen Institutionalismus.

<sup>10</sup> „Ausgangspunkt“ in einem doppelten Sinne: war doch die „Soziologische Aufklärung“ der Titel der Antrittsvorlesung Niklas Luhmanns und gleichzeitig das Programm für ein dreißigjähriges Forschungsprojekt. Siehe Niklas Luhmann 1991.

<sup>11</sup> Ebd. S. 80

<sup>12</sup> Wobei hier keine Konstruktionen im Sinne beispielsweise einer durch Macht sichergestellten Verblendung, hergestellt durch eine „Dialektik der Aufklärung“, gemeint ist. Siehe hierzu Bruno Latour 2003.

<sup>13</sup> Und anders herum: „Das Verhältnis ist zirkulär zu denken: Gesellschaft ist nicht ohne Kommunikation zu denken, aber auch Kommunikation nicht ohne Gesellschaft.“ Luhmann 1998: 13.

<sup>14</sup> Luhmann 1998: 16.

Absichten ihrer jeweiligen Kooperationspartner zu kennen<sup>15</sup>. Offenbar halten sich Menschen in gewissen Bereichen freiwillig an Regeln und nehmen an, daß andere das auch tun. Kooperationen in unterschiedlichen Kulturkreisen bahnen sich unterschiedlich an<sup>16</sup> und ihr Erfolg hängt von Unterschiedlichem ab. Akteure entscheiden, obwohl ihnen keine vollständigen Informationen über den Ausgang einer Entscheidung vorliegen, sie entscheiden sogar, obwohl sie nicht wissen können, welche Kosten mit dieser Entscheidung verbunden sind<sup>17</sup>.

Die Institutionenökonomie zielt allgemein auf eine Erklärung menschlichen Verhaltens in einem Netzwerk von Regelungen ab und versucht dabei, eine zu starke Simplifikation (i.S.v. Idealisierung) ihrer Theorie zu Lasten einer empirischen Brauchbarkeit und spezifischer Anwendbarkeit auf historisch gewachsene Ordnungen zu vermeiden.

Beide Theorien, diejenige sozialer Systeme wie die der Institutionen bedienen sich mächtiger Theoriedispositionen, die sich auf den ersten Blick nicht miteinander vereinbaren lassen. Die Institutionenökonomie greift auf ontologische Vorstellungen zurück, die eine objektiven Realität postuliert, um im zweiten Schritt subjektive Unzulänglichkeiten und Spezifitäten individueller Wahrnehmung zu berücksichtigen. Die Systemtheorie ist einem konstruktivistischen Ansatz verpflichtet, der in seiner konsequentesten Version jegliche Möglichkeit objektiver Realität zugunsten subjektiver Weltenkonstrukte von Subjekten aufgibt.<sup>18</sup> Die radikale Variante des Konstruktivismus, eine Form des Solipsismus, ist als Epistemologie allerdings kaum ernstzunehmen<sup>19</sup> und wird auch nicht von Luhmann vorausgesetzt.<sup>20</sup> In einer milderer Form reicht die Erkenntnis, daß beobachtende Systeme:

1. die Voraussetzungen ihrer eigenen Erkenntnisfähigkeit nicht erfassen und daher nicht zwischen diesen und den Bedingungen der Existenz von Realobjekten unterscheiden können;
2. Beobachtungen nur in einem selbsterzeugten binären modus: durch eine spezifische Operation in Form einer Unterscheidung durchführen können (operative Schließung).

Hier scheinen sich ganz unterschiedliche Epistemologien mit abweichenden Erklärungsreichweiten zu erkennen zu geben, die wenig Hoffnung auf die Möglichkeit einer Integration beider Theorien machen. Im Folgenden sollen Institutionen- und Systemtheorie zunächst in Opposition gebracht werden, um dieses Vorurteil zu überprüfen.

---

<sup>15</sup> Siehe als ein Beispiel dieser Verwunderung: Jane Jacobs 1994. Vgl. hierzu besonders das Kapitel 11 in diesem Buch, das Kapitel 'Modernes Vertrauen' in Priddat 2004e, aber auch Hartmann/Offe 2001 und Nooteboom 2002.

<sup>16</sup> Siehe hierzu z. B. Jandt 1998; institutionenökonomie-klassisch dazu Grief 1994.

<sup>17</sup> Vgl. Kasper; Streit (1998) S.44-52

<sup>18</sup> Das hat inzwischen auch in die Ökonomie Eingang gefunden: vgl. Smith 2003 (und die *neuroeconomics*).

<sup>19</sup> Der radikale Konstruktivismus behauptet letztlich, daß Subjekte ihre Welt aus sich heraus schaffen und beobachten, ohne daß es eine äußere Instanz gäbe, die diese Konstruktion wenigstens auslöst und stören könnte. In Schopenhauers Worten bedürfe zwar jemand, der ernsthaft eine solipsistische Auffassung vertritt, weniger einer philosophischen Widerlegung als vielmehr einer Therapie, doch sei wenigstens ein Einwand genannt: die Position ist angreifbar, denn sie muß zugeben, daß wenigstens die subjektive Konstruktion objektiv stattfindet; oder anders: wenigstens die Aussage, es gäbe keine objektive Wahrheit muß objektiv wahr sein; es ist dann aber nicht einsehbar, warum die Möglichkeit des Objektiven darauf beschränkt sein sollte. Antwortet ein konsequenter Solipsist, es sei nur wichtig, daß diese Aussagen *für ihn* wahr seien, vertritt er eine durchaus konsistente Position; nur geht sie uns dann auch nichts mehr an.

<sup>20</sup> Vgl. z.B. Luhmann 2004, worin er für einen ‚operativen Konstruktivismus‘ plädiert, der eine objektive Realität voraussetzt, die aber als unbestimmter Horizont und nicht als Menge von Objekten mit beobachterunabhängigen Attributen aufgefaßt wird.

### C. System- und Institutionentheorien in Opposition

#### *Funktionale Differenzierung vs. Gesellschaftliche Arbeitsteilung*

Die Institutionenökonomie unterscheidet zwischen internen und externen, bzw. zwischen formellen und informellen Institutionen, die im ersten Fall ‚in der Gesellschaft‘ und im letzten ‚in‘ Politik und Justiz verankert sind. Die Sprachregelung weist

1. auf die Existenz spontaner und spezifischer sozialer Ordnungen durch Verhaltensregeln ohne zentrale Formalisierung, etwa durch den Gesetzgeber. Informelle Institutionen sind nicht-codifizierte Verhaltensregeln, die gleichwohl in der sozialen Interaktion befolgt werden und durchaus von formalen Regeln abweichen können;
2. auf das institutionentheoretische Konzept unabhängiger, etwa juristischer Schiedsinstanzen, die soziale (z.B. ökonomische) Interaktionen regieren, ohne daß die neutrale Instanz ein eigenes Interesse an Inhalt und Ergebnis der Interaktion hätte, solange sie regelgerecht verläuft.

Insofern kann man hierin eine Trennung von Politik und Gesellschaft entdecken, die die Systemtheorie nicht akzeptieren kann: „Other types of institutions come into existence because they are designed, are made explicit in legislation and regulations and are formally enforced by an authority outside society, such as a government. Such rules are designed and imposed by agents who are selected by a political process and who act from outside the society as such.“<sup>21</sup>

Die Systemtheorie kennt hingegen keine Trennung von Politik und Gesellschaft als eigenständige Systeme. Die Politik ist ein Teilsystem des alle Kommunikationen umfassendes Gesellschaftssystems. Die Institutionenökonomie müßte sich aus dieser Perspektive fragen lassen, wie es der Gesellschaft gelingt, sich von der Politik zu lösen, obwohl auch Politik auf Kommunikation angewiesen ist<sup>22</sup>. Die Systemtheorie läßt auf elementarer Ebene zunächst keine Spaltungen des sozialen Raumes zu: „Unterscheidungen wie Wirtschaft und Gesellschaft, Recht und Gesellschaft, Schule und Gesellschaft sind deshalb verwirrend und, in unserer Theorie, nicht erlaubt“<sup>23</sup>. Sie führt dann aber über funktionale Ausdifferenzierungen der Gesellschaft in Teilsysteme verschiedenen Aufgabenbereichs Grenzen ein, die keine funktionsübergreifende Koordination von Leistungen unter einheitlichem Gesichtspunkt zulassen.

Dies hat nicht nur im Sinne eines konsistenten Theoriedesigns Konsequenz und läßt die Annahme einer regelnden Instanz außerhalb der Gesellschaft – oder eines nichtökonomisch organisierten ökonomischen Regimes - als unwahrscheinlich erscheinen; die Beschränkung auf funktionale Differenzierung vereint alle Gesellschaftsteilsysteme auf abstraktem Niveau als Teilmengen aller Kommunikation, befreit die Systemtheorie aber von einer Thematisierung systematischer Beziehungen (Beeinflussungen und Widersprüche) etwa von Recht, Politik und Wirtschaft, indem sie sie kurzerhand durch die Annahme gegenseitiger Blindheit ausschließt.

---

<sup>21</sup> Kasper/ Streit 1998: 31.

<sup>22</sup> Niklas Luhmann 2002b: 171 f.

<sup>23</sup> Luhmann 1998: 16

Die Operationen in jedem dieser Teilsysteme sind aus systemtheoretischer Sicht selbstgenügsam. Die Institutionenökonomie begreift hingegen das Phänomen, daß in der Politik Regeln für wirtschaftliches Handeln beschlossen werden, die durch das juristische System durchgesetzt werden, als integrierten Mechanismus, also unter einem gemeinsamen Gesichtspunkt, der theoretisch zu bearbeiten ist.

Die Institutionenökonomik fokussiert, um es ökonomisch zu formulieren, auf die arbeitsteilige Erstellung und den Austausch von Leistungen innerhalb der Gesellschaft, deren Teilsysteme nicht reibungslos ineinandergreifen. Die gelegentliche Rede von einer Gesellschaft auf der einen und einer Politik oder Wirtschaft auf der anderen Seite sollte nicht überbewertet werden. Es geht nicht darum, die Wirtschaft aus der Gesellschaft zu verbannen, sondern darum, verschiedene Koordinationsmechanismen zu identifizieren, die in sich geschlossen sind, sich aber *kontrolliert* gegenseitig beeinflussen. Politische Entscheidungen können wirtschaftliche Entwicklungen ermöglichen oder verhindern, fördern oder hemmen (was die politischen Akteure in ihren Kalkülen berücksichtigen können), sie werden hier jedenfalls nicht als prinzipiell unabhängig von wirtschaftlichen Gesichtspunkten begriffen. Umgekehrt legen wirtschaftliche Entwicklungen bestimmte politische Entscheidungen nahe oder erschweren andere. Eine strikte Trennung politischer und ökonomischer Sphären ließe keinen Raum für die Möglichkeit politischer Ökonomien.

Die Systemtheorie stellt hier, was die kontrollierte gegenseitige Beeinflussung von Teilsystemen betrifft, wesentlich höhere Hürden auf als die Institutionenökonomik. Leistungserstellung für andere Systeme wird prinzipiell als zufälliges Nebenprodukt der Systemerhaltung begriffen. Ein kontrollierte Abgabe von Leistungen ist aufgrund inkompatibler Operationslogiken nicht vorgesehen. Die Systemtheorie liefert damit aber, was die Ökonomik berücksichtigen kann, Argumente gegen

1. allzu naive Modelle von politischen Entscheidungen, die effizient auf die Förderung der Wirtschaft gerichtet wären (wohlwollender Diktator), aber auch gegen die Vorstellung, daß effiziente Regelungen sich immer evolutionär durch Bewährung durchsetzen müßten, und gegen
2. politische Ökonomien, die politische Ordnungen und Prozesse strikt analog zu ökonomischen Theorien modellieren (methodologischer Imperialismus).

Die Systemtheorie verlangt nach der Untersuchung systemspezifischer Eigendynamiken; eine Aufgabe, der sich die Institutionentheorie durchaus stellen kann.

## 1. Beobachtung und Erkenntnis

Unausgegoren bleibt in diversen Institutionenökonomien die jeweilige Konzeption des Akteurs, der ausdrücklich nicht der *homo oeconomicus* der neoklassischen Theorie<sup>24</sup> sein soll. Anders als in letzterer, verfügen Akteure in der Institutionenökonomie nicht über vollständige Information und ihr Verhalten lässt sich nicht allein aus der *rational choice*-Logik ableiten. Die Institutionenökonomie versucht vor allem Argumente für regelorientiertes Entscheiden und Handeln zu entwickeln, das Optimierungsentscheidungen zumindest einschränkt, wenn nicht ersetzt.<sup>25</sup>

Die Akteure der Institutionenökonomik sind mit der Fähigkeit ausgestattet, die Realität mit Hilfe eines kognitiven Apparates intern abzubilden: „Cognition is the invisible (re-) construction of reality as perceived by the senses which takes place in the mind, which operates almost imperceptibly in thought processes and which helps people to decipher reality“.<sup>26</sup> Die Institutionenökonomik hat hier verschiedene Alternativkonzepte zu bieten, von Akteuren, die lediglich den Opportunismus der anderen zu fürchten haben (formale Prinzipal-Agent-Modelle<sup>27</sup>), über eingeschränkt über Handlungsoptionen informierte Individuen (*bounded rationality*) bis zu spezifischen mentalen Modellen der Realität, die von vielen Akteuren geteilt werden können.<sup>28</sup>

Das *mental model* Konzept von Denzau und North<sup>29</sup> ist vermutlich die fortschrittlichere der Alternativen, da es die Akzeptanz von Verhaltensbeschränkungen theoretisch an Wahrnehmungsweisen der Handlungsumwelt koppelt: „The model assumes that the chooser is certain in his belief about the behavior of others in the market. But as soon as we move away from this simple model and the price depends on strategic behavior of other buyers and sellers, the complexity of the decision increases. Now the actor must form beliefs about actions of others from sources of information that are less precise than market parameters“.<sup>30</sup>

Nun kommt es nicht mehr nur darauf an, objektive Daten in subjektive Kalküle einzuspeisen, sondern noch grundsätzlicher darauf, die Welt kognitiv in einer Weise zu strukturieren, die sozial kompatibel ist: „The mental models are the internal representations that individual cognitive systems create to interpret the environment; the institutions are the external (to the mind) mechanisms individuals create to structure and order the environment.“<sup>31</sup> Die kognitive Strukturierung übernimmt eine doppelte Funktion: akteursseitig schafft sie einen übersichtlichen Entscheidungsraum; netzwerkseitig schafft sie eine *formale* Bedingung der Möglichkeit sozialer Koppelung.

<sup>24</sup> Siehe zu dieser Konzeption Gebhard Kirchgässner 1991; Manfred Tietzel 1981.

<sup>25</sup> Vgl. insbesondere Kap. 3 aus Priddat 2004b.

<sup>26</sup> Kasper, Streit 1998: 54. Vgl. auch Knight/North 1997.

<sup>27</sup> Vgl. Richter/Furubotn 2003: Kap. V.

<sup>28</sup> Vgl. hier – beispielsweise - P. Weises erweiterten ökonomischen Opportunitätskosten-Ansatz: „1) Ein Individuum wählt die Handlung mit den geringsten Alternativkosten; 2) steigen die Alternativkosten für eine Handlung, so wird diese Handlung für ein Individuum unattraktiver, und es geht auf eine andere Handlung über“ (Weise 2004: 430) – mit systematischen Konsequenzen der Vereinheitlichung von (ökonomischem) Individualismus und (sozialökologischem) Holismus im Selbstorganisationskonste (Weise 2004: 432 ff.). Die Konsequenzen für die Institutionen lauten: „Durch die Interaktionen der Individuen werden Freiheitsgrade gesenkt, so dass ein Zustand höherer Regelmäßigkeit, das heißt ein Zustand größerer Ordnung geschaffen wird. Es besteht ein sich selbst stabilisierender Ursache-Wirkungs-Zyklus“ (Weise 2004: 433). „Die Anpassung der Individuen an den Ordner gelingt viel schneller, als dieser sich aufgrund der Anpassungen verändert“ (Weise 2004: 434).

<sup>29</sup> Vgl. Denzau / North 1994. Vgl. auch Knight/North 1997.

<sup>30</sup> Knight/North 1997: 5; vgl. auch Arthur 2000; McFadden 2001 und Smith 2003.

<sup>31</sup> Denzau / North 1994: 4.



Aber auch eine derartige Repräsentationskonzeption scheint wegen der Unterstellung einer beobachtungsrelevanten objektiven Realität der konstruktivistisch ausgerichteten Systemtheorie entgegenzustehen. Repräsentation impliziert immer die Möglichkeit, mit der eigenen Weltsicht der Realität mehr oder weniger nahezukommen.<sup>32</sup> Zu einer solchen Einschätzung bedürfte es aus systemtheoretischer Sicht eines weiteren Beobachters, der selbst jedoch nur im Rahmen seiner Realitätskonstruktionen Nähe und Ferne zu einer konstruierten Realität konstruieren könnte. Bis zuletzt bliebe es jedoch die Realität eines Beobachters.

Das Problem hat die Ökonomie inzwischen erreicht als Frage der ‚reconsidering rationality‘<sup>33</sup>, wird aber noch nach der Unterscheidung *substantive versus procedural views of rationality* behandelt.<sup>34</sup> Die Institutionenökonomie ist, über ihre *bounded rationality*, immer schon auf der Seite der ‚procedural rationality‘, wobei die Prozedur, die hier als rational angenommen werden darf, einfacher Art ist: Regelbefolgen. Die Schwierigkeiten jeder *choice-theory*, daß die Objekte der Wahl erkannt und als gültig bestimmbar sein müssen, wird beim Regelbefolgen prozedural gelöst: anstatt wissen zu müssen, wie andere entscheidenden, folgen Institutionenteilnehmer der Regel, die ihnen das gewährleistet. Sie bleiben damit immer im *marked space*, auf der sicheren Seite; die Systemtheorie zwingt dazu, für den *unmarked space*, für die noch nicht gewußten Alternativen, offen zu bleiben.

Anstelle des ‚modeling knowledge‘ (wie Samuelson<sup>35</sup> es vorbildlich auf diesem Level analysiert) haben wir es mit einem ‚modeling knowledge versus non-knowledge‘ zu tun.<sup>36</sup> Daran zeigt sich sogleich, daß die Wissen/Nichtwissen-Beziehung nicht zu modellieren ist, sondern daß das prozedurale Moment der Rationalität komplementär geht zur systemtheoretischen Offenheit der Alternativengenerierung und der dann erst folgenden Festlegung. In jeder Situation sind multiple Interpretationen möglich; es gibt keinen – wie bisher angenommen – oder unterstellt – kontextneutralen Kontext.<sup>37</sup> „Context can and does matter“.<sup>38</sup> Institutionenökonomie bekommt in diesem Kontext eine neue Bedeutung: sie ist eine Art von ökonomie-emergenter Kontexturierung von Verhaltensumgebung für Akteure: „rules as agents for preferences“.<sup>39</sup>

Hier könnte die Institutionenökonomie für die gesamte Ökonomie eine bevorstehende Aufwertung erfahren: als methodologischer Lieferant von ‚Realität‘ und ontologischer Struktur (‚Gegebenheit‘). Je stärker die Rationalitätstheorien auf Kontingenz gestrickt werden, desto eher wird die Invarianz bzw. Sicherheit auf die Regelebene verschoben, in die Institutionen. Die Institutionen – und damit die Institutionenökonomie – wird zur Ersatz-Ontologie der ins Schwimmen geratenen Realität der *rational choice*.<sup>40</sup>

Gegen diese Re-Konstruktion, die die Institutionenökonomie wegen der damit verbundenen Aufwertung aus der noch heterodoxen Ecke annehmen wird, ist die Systemtheorie ein Antidotium. Auch die Institutionen sind Konstruktionen.

---

<sup>32</sup> Vgl. Francisco J. Varela 1990.

<sup>33</sup> Samuelson 2004: 400.

<sup>34</sup> Vgl. bereits Simon 1982.

<sup>35</sup> Vgl. Samuelson 2004.

<sup>36</sup> Vgl. Baecker 2003.

<sup>37</sup> Wolf 2004, mit Bezug auf Arthur 2000.

<sup>38</sup> Smith 2003: 490.

<sup>39</sup> McFadden 2001: 347.

<sup>40</sup> „Institutionen werden hierbei als kognitive Formationen interpretiert, anhand derer Handlungen koordiniert und prognostiziert werden können“ (Nau 2004: 256, mit Verweis auf DiMaggio 1994: 37.).

## 2. Informationsmangel

Beide bisher behandelten Theorien bearbeiten die Frage nach der begrenzten Informationsverarbeitungskapazität, indes selbstreferentiell operierende Systeme Informationen nicht verarbeiten, sondern selbst generieren.<sup>41</sup> Damit ist gemeint, daß sie Reize aus ihrer Umwelt allein mit ihren eigenen Mitteln interpretieren können.

Die Institutionenökonomie begreift die begrenzte Informationsverarbeitungskapazität ihrer Akteure traditionell als Defizit,<sup>42</sup> um ihre Theorie in Relation zur neoklassischen Annahme vollkommener Information bringen. Sie weicht von der klassischen Ökonomik ab, indem sie auf Konzepte wie der „bounded rationality“<sup>43</sup> zurückgreift, vermittels derer sie sich erklären kann, wie jene Akteure entscheiden und handeln, die aufgrund ihrer kognitiven Begrenzung nicht alle Handlungsmöglichkeiten zu erfassen und zu bewerten in der Lage sind. Diese Frage verschärft sich bei dem Versuch, einen unternommenen Aufwand zur Informationsgewinnung zu erklären, wenn nicht bekannt sein kann, ob die hieraus gewonnene Information den unternommenen Aufwand retrospektiv rechtfertigt<sup>44</sup>.

In der Literatur zeichnet sich eine vermutlich offene Liste von Theorieelementen ab, die das Verhalten des Menschen in seiner chronischen kognitiven Überforderung erklären soll: fundamentale geteilte Werte, Regelbefolgung, Vertrauen, Sanktionen etc. Sie sollen eine „Lücke“ schließen, die sich die Theorie der Institutionen durch die angenommene Abweichung zwischen der „construction of reality“ ihrer Akteure und der zu dechiffrierenden Realität selbst zumutet: Unsicherheit.<sup>45</sup>

Der Systemtheorie meidet diese „Lücke“. Begrenzte Verarbeitungskapazität macht Systembildung überhaupt erst möglich.<sup>46</sup> Ein System, das sich auf jede denkbare Irritation einstellen müßte, auf jeden Reiz mit einem neuen Systemzustand antworten müßte, würde seine Grenzen zwischen System und Umwelt auflösen, bzw. diese Grenzen würden überhaupt nicht entstehen. Sinnsysteme, also psychische und soziale Systeme,<sup>47</sup> leisten sich weitgehend Indifferenz gegenüber Reizen aus ihrer Umwelt und generieren hierbei systeminterne Strukturen in Form von Sinn,<sup>48</sup> der bestimmte Anschlußoperationen wahrscheinlich macht und andere unwahrscheinlich.

---

<sup>41</sup> Siehe hierzu Luhmann 1984: 103 f.

<sup>42</sup> „They have to operate daily on the premise that individuals have a limited capacity to absorb knowledge, to digest, convey and apply it; expected technically: human beings suffer from limited cognitive capacity.“ Kasper/Streit 1998: 45.

<sup>43</sup> Vgl. Herbert A. Simon 1982 und Rubinstein 1998.

<sup>44</sup> Kasper/ Streit 1998: 46; aber auch Arthur 2000; McFadden 2001 und Smith 2003.

<sup>45</sup> Vgl. auch Knight/North 1997.

<sup>46</sup> Zur Wirkung einer partiellen Indifferenz von Systemen durch welche Systembildung möglich wird, siehe: Ashby 1958; Besonders deutlich läßt sich dies am menschlichen Gehirn zeigen: Schwarz 1987.

<sup>47</sup> Luhmann 1998: 45.

<sup>48</sup> Zu dem äußerst voraussetzungsvollen Sinn-Begriff in der Systemtheorie, siehe mindestens: Niklas Luhmann 1984: 92-147.

## D. Wege zur Integration der Sichtweisen

### 1. Theoretische Perspektive

Um diese Ausführungen darauf zu überprüfen, ob sie unüberwindbare Barrieren zwischen Institutionen- und Systemtheorie errichten, wollen wir uns zunächst wieder den epistemologischen und methodischen Grundlagen beider Theorien zuwenden:

Die Institutionenökonomik ist zwar weitgehend dem methodologischen Individualismus verpflichtet: Handlungen werden aus absichtsvollen Entscheidungen des einzelnen Akteurs abgeleitet; sie greift aber auch auf eine Art des methodologischen ‚Kollektivismus‘ oder, wenn man so will, des ‚Institutionalismus‘ zurück, wenn sie die allgemeine Geltung von Regeln in Anschlag bringt, um Verhaltensähnlichkeiten als Bedingung koordinierter Interaktion zu erklären. Sie nimmt dann die Regelgeltung als gegeben, um daraus auf erwartbare Handlungsweisen verschiedener Akteure zu schließen.

Es fällt der Theorie allerdings recht schwer, diese postulierte Geltung über individuelle Kalküle zu erklären. Die Argumentation kreist sich um Mechanismen, die den ebenfalls stets postulierten Opportunismus jedes Akteurs zugunsten der Regelbefolgung auszuhebeln geeignet sind. Dies zu bewerkstelligen, ist einer der zentralen institutionentheoretischen Herausforderungen; denn damit steht und fällt die Argumentation mit geltenden Institutionen zur Erklärung von Interaktionen.

Es ist klar, daß eine derart angelegte Handlungstheorie nicht ohne Akteure auskommt, die Interessen verfolgen und Entscheidungen treffen und so unter anderem das Wirtschaftssystem etablieren. Die Systemtheorie als Theorie von Kommunikationen dagegen kennt bekanntlich keine Akteure. Ihre methodologische Position läßt sich, wenn es erlaubt ist, als eine dritte Perspektive neben derjenigen von Subjekt (methodologischer Individualismus) und objektivem Beobachter beschreiben: die Systemtheorie nimmt die Perspektive der thematisierten Systeme, der Beziehungsnetzwerke, ein und beschreibt gleichsam deren Sicht ‚von innen‘. Ihr Selbstverständnis ist das einer Selbstbeschreibung der Gesellschafts-systems.<sup>49</sup>

Nichts anderes liegt vor, wenn die Theorie Operationen der ‚Systemreferenz‘ (der Beobachtung durch das System) in der Form beschreibt, in der sie sich dem System selbst zeigen. Das ist allerdings eine der Regelargumentation nicht unähnliche Position. Die Systemtheorie setzt voraus, daß bestimmte Formen der Kommunikation überhaupt stattfinden, und folgert daraus erst Mechanismen, die zu deren Fortsetzung (Wiederholung) führen. Das ist eine Parallele zur institutionalistischen Tautologie über die Geltung von Institutionen: weil sie gelten, gelten sie weiter.

---

<sup>49</sup> Vgl. z.B. auch Jensen 2003 für eine vergleichbare Beschreibung dieser methodologischen Position der Systemtheorie.

## 2. Konstruktivismus

Die systemtheoretischen Kommunikationsformen dienen der binären Welterzeugung (Codierung): sie treffen eine Unterscheidung, die einen markierten Zustand (Kommunikation der eigenen systemspezifischen Form) von einem unbestimmten Zustand, der Umwelt des Systems, scheidet. Daher kann das System weder seine (unmarkierte) Umwelt wahrnehmen, noch die Form seiner eigenen Unterscheidung: wird die Unterscheidung als Operation auf sich selbst angewandt, verschwindet sie in der Kontingenz ihrer unmarkierten Voraussetzung. Die Terminologie ist teils der Linguistik (Code, Markierung, Referenz etc.) geschuldet; die fundamentale Unterscheidungslogik findet sich in einer Arbeit von Spencer-Brown.<sup>50</sup>

Hier findet die im Ansatz konstruktivistische Erkenntnistheorie ihren theoretischen Ort. Das System nimmt nichts wahr, außer dem, was es selbst ausmacht: die markierte Seite ihrer Unterscheidungen. Ihre Leitdifferenz bestimmt eine spezifische Kommunikationsform (Im Falle der Wirtschaft: Zahlungen), die als eine Art Apriori des Erkennens fungiert. Natürlich setzt das eine Umwelt voraus, die sich derart ordnen läßt, sie wird nur nicht unabhängig von der in Anschlag gebrachten Form der Unterscheidung erkannt. Metaphysisch gewendet, liefert die Umwelt undifferenzierte Substanz (ohne Attribute), die im System nach Maßgabe des eigenen Operationsmodus geformt wird.

In diesem Sinne konstruiert das System seine Weltsicht selbst und definiert und stabilisiert damit im gleichen Zug seine Identität. Kommunikationen der jeweiligen Form ziehen (ausschließlich) weitere (Anschluß-)Kommunikationen derselben Form nach sich und sichern so den Systembestand über die Zeit. Die Argumentation *aus Sicht des Systems* ist tautolog, wohlgeordnet: die Möglichkeit, daß es keine weiteren Kommunikationen oder Kommunikation anderer Form gibt, ist aus Sicht des Systems schlicht nicht denkbar; dazu müßte es die Bedingungen der Möglichkeit eigener Existenz und Wahrnehmung erfassen können.

## 3. Sinn

Selbststabilisierung von Regeln wird in der Institutionentheorie über deren Anreizwirkungen auf Akteure erklärt. Regeln legen erstens bestimmte Entscheidungen über Investitionen nahe, die ihre Stabilität voraussetzen; sind die Investitionskosten erst einmal in Kauf genommen, lassen sich diese Entscheidungen nicht mehr ohne weiteres revidieren. Zweitens kommt es bei Institutionen darauf an, daß Akteure sich darauf verlassen können, daß sie allgemein bekannt sind, was auch für langsamen Wandel spricht, wenn überhaupt. Das Ergebnis können Pfadabhängigkeiten sein, die Ineffizienzen festschreiben können.

Wir bewegen uns hier auf der inhaltlichen Ebene von Regelungen, es geht nicht um die Frage, warum auf Regeln nicht ganz verzichtet wird. Wir können zur Bearbeitung dieser Frage aber nun aus institutionentheoretischer Perspektive durchaus eine analoge Position zur Systemtheorie einnehmen und behaupten, **daß Regeln sich selbst stabilisieren: Regeln**

---

<sup>50</sup> Vgl. Jakobson 1971 zur Markierungstheorie und Spencer-Brown 1969 zur Differenzenlogik.

**können nur Regelmäßigkeit (als markierten Zustand) wahrnehmen und verlangen nach weiterer Regelmäßigkeit. Aus Sicht der Regel ist Unregelmäßigkeit als das unmarkierte Gegenstück nicht wahrnehmbar, aber Bedingung der Möglichkeit von Regelmäßigkeit.**

Hier zeigt sich, daß System- und Institutionentheorie sich trotz oder gerade wegen ihrer unterschiedlichen Perspektiven auf die Gesellschaft nicht ausschließen müssen, sondern in Teilen zumindest alternativ, wenn nicht komplementär verwendbar sind. Die im ersten Augenschein unüberwindbare erkenntnistheoretische Opposition: Rationalismus vs. Konstruktivismus *löst sich durch die unterschiedlichen Perspektiven auf Gesellschaft in methodischer Komplementarität auf.*

Die Systemtheorie unterstellt keine konstruktivistische Beobachtungsweise durch Akteure, die der Institutionenökonomik widersprechen könnte; sie unterstellt dem Akteur vielmehr überhaupt nichts, weil sie ihn nicht thematisiert. Sie ist gegenüber jeder Art von Akteurs- und Rationalitätskonzept offen.<sup>51</sup> Ihr Augenmerk gilt einmal etablierten Formen kommunikativer Beziehungen zwischen Akteuren, die ihre eigentümliche Existenz voraussetzen und stabilisieren, wozu die institutionalistische Handlungstheorie wiederum nichts zu sagen hat.

Das Verhältnis von Kommunikationen als und über Handlungsregeln zu regelmäßigen Handlungen ist ein in der Institutionenökonomik unterbelichteter Aspekt, ohne den auszuleuchten die Institutionentheorie sich wohl kaum weiterentwickeln wird.<sup>52</sup> Die Anwendung der systemtheoretischen Argumentation auf die Selbsterhaltung von Verhaltensregeln genügt aber nicht ohne weiteres den Zwecken der Institutionentheorie: bislang wurde lediglich argumentiert, daß eine beständige Kommunikation in Form von Regeln zu erwarten ist, was allein noch nichts über die inhaltliche Stabilität der Regeln (die Stabilität spezifischer Regeln) aussagt.

Ein Ansatzpunkt zur Weiterentwicklung der Institutionenökonomik, um etwas zu spekulieren, liegt möglicherweise in der Ergänzung der instrumentellen Sicht auf spezifische Verhaltensregeln um eine (wie auch immer näher zu bestimmende) Sinndimension. Wenn Institutionen nicht nur einen Zweck, sondern auch einen Sinn haben können, lassen sich eventuell weitere Argumente zu ihrer Stabilität heranschaffen.

Die Systemtheorie jedenfalls schließt (trotz ihrer Fixierung auf die Form) die Möglichkeit, Kommunikationen einer Form über ihren semantischen Gehalt (über Themen) weiter zu strukturieren, nicht aus (obwohl sie nicht erfassen kann, um welche Inhalte es sich hier handeln könnte). Sie kann aufgrund ihrer Theoriedisposition nur entlang der Oberfläche, der Form argumentieren:

Soziale Systeme werden zu den „erkennenden Systemen“<sup>53</sup> gezählt. Jede ihrer Operationen macht von Sinn gebrauch, indem bestimmte Anschlußoperationen wahrscheinlich und andere unwahrscheinlich gemacht werden. Daß üblicherweise während der Tennisberichterstattung nicht vom Fußball berichtet wird, daß man als Gast beim gemeinsamen Essen nicht laut

---

<sup>51</sup> Vgl. auch Tacke 1999.

<sup>52</sup> Vgl. hierzu besonderes Kap. 4, 5, 6 und 9 aus Priddat 2004b. Vgl. aber auch Priddat 2004a.

<sup>53</sup> Vgl. Luhmann 1998: 44

aufstößt oder mit jedem Satz das Thema wechselt, entspringt der vorstrukturierenden Wirkung von Sinn, der bestimmte Kommunikationen unwahrscheinlich macht, weil sie sich im Anschluß an die vorangegangenen nicht nahelegen.

Aufschlußreich ist hier der Informationsbegriff: „Information reduziert Komplexität insofern, als sie eine Selektion bekanntgibt und damit Möglichkeiten ausschließt.“<sup>54</sup> In diesem Sinne könnten sich Institutionen auf irgend eine Weise auf Sinnkonditionierungen gründen, die den Raum möglicher Anschlußoperationen mitbestimmen. Hier wäre an Überzeugungen, Normen, Glaubenssätze etc. zu denken, auf sich insbesondere informelle Institutionen stützen können. Der Zugriff auf den Sinn gelingt ihnen, indem sie die Ablehnung von Information oder Mittelung, etwa wegen eines vehementen Themenwechsels – oder den Verlust des Themas – erwartbar machen.

#### **4. Regelmäßigkeit als Form**

In unserer Auffassung ist der ‚operative Konstruktivismus‘ der Systemtheorie keine Erkenntnistheorie im eigentlichen Sinne (es geht nicht um menschliche Erkenntnis), sondern ein Modell zur Erklärung der Selbstreproduktion von Selektionsmechanismen, das in andere Theorien, auch in eine erweiterte Institutionenökonomik, eingebaut werden kann. Das in der Systemtheorie entwickelte ‚Autopoiesis‘-Konzept<sup>55</sup>, das auf die konstruktivistische Position aufbaut, ist ohnehin nicht auf sie abonniert.

Die Form von Handlungen kann in deren Regelmäßigkeit identifiziert werden. Im Unterschied zu Kommunikationen bestimmter Form können sich regelmäßige Handlungsweisen jedoch nicht selbst reproduzieren: eine regelmäßige Handlung provoziert nicht direkt ihre Wiederholung. Erst als Kommunikationen passen sich Regeln in die systemtheoretische Argumentation und deren Folgerungen über deren Reproduktion ein. In dieser Form läßt sich erklären, daß Kommunikationen in Form von Handlungsregeln zeitstabil ihresgleichen nach sich ziehen (und nicht etwa Kommunikationen in Form von Unregelmäßigkeit). Das umfaßt durchaus auch Kommunikationen über Regelbrüche, aber aus der Warte der Regel. Das bedarf allerdings einer eingehenden systemtheoretischen Untersuchung, insbesondere einer Abgrenzung solcherart Kommunikationen vom Teilsystem Recht, was hier nicht geleistet werden kann. Wir unterstellen hier lediglich, daß derart die Stabilisierung von Regelmäßigkeit – unabhängig von jeweiligen Inhalt – erklärt werden kann.

Die Institutionentheorie muß nun aber, nachdem sie sich der Erklärungsdienste der Systemtheorie zunutze gemacht hat, um geltende Regeln mit regelmäßigen Handlungen zu verknüpfen, ihre eigenen Konzepte aktivieren: sie muß auf interessierte Akteure zurückgreifen, die sich an die einmal etablierten Regeln halten, und zwar um ihre Ziele zu verfolgen. Wenn es

---

<sup>54</sup> Luhmann 1984: 103. Information kann natürlich auch den Möglichkeitsraum öffnen. Vgl. ebd.: „Sie kann gleichwohl Komplexität auch erhöhen. Dies geschieht zum Beispiel, wenn die ausgeschlossene Möglichkeit eine negative Erwartung war: Man hatte gedacht, daß Pfarrer immer Männer sind, und stellt nun fest: dieser Pfarrer ist eine Frau. Soll man Pfarrin sagen? Handkuß?“

<sup>55</sup> Also die Fähigkeit von Systemen, die sie konstituierenden Operationen mittels Operationen gleichen Typs hervorzubringen. Siehe zu diesem ursprünglich aus der Biologie stammenden Begriff: Maturana und Varela 1982a.

darum geht, die Stabilität eines bestimmten institutionellen Designs zu erklären, muß die Institutionenökonomik ihr eigenes Theorieinstrumentarium entwickeln. Dazu gehört an prominenter Stelle ihr Akteur.

## 5. Komplexitätsreduktion

Anstelle der *rational choice* des vollständig unterrichteten und daher unbeschränkt rationalen *homo oeconomicus* muß die Institutionenökonomik an dieser Stelle eine Entscheidungstheorie einsetzen, die das Informations- und Kognitionsdefizit und die daraus resultierende Unsicherheit des Akteurs nicht bloß berücksichtigt, sondern sie zum konstitutiven theoretischen Element befördert. Institutionen sind ohne Unsicherheit überflüssig; ihre Existenz ist eben dieser Unsicherheit geschuldet, die sie reduzieren in der Lage sind.

Damit offenbart sich eine weitere Parallele zur Systemtheorie, die ihre Systeme als Antwort auf Kontingenz und Komplexität entstehen läßt: Systeme reduzieren die Komplexität ihrer Umwelt, indem sie Unbestimmtheit (Kontingenz) durch Markierung (Codierung) ersetzen, worüber sie sich selbst schaffen. Das gleiche gilt für Institutionen, wenn ihre Funktion nicht aus Sicht des Akteurs, sondern aus derjenigen der Institution beschrieben wird: sie reduzieren Komplexität, indem sie Unbestimmtheit (Unsicherheit des Akteurs) durch Markierung (Verhaltensregel zur Einschränkung erwartbarer Handlungen) ersetzen.

Auf dieser Ebene lassen sich keine kausalen Argumente für die ursprüngliche Entstehung von Systemen oder Institutionen formulieren, ihre Existenz wird schlicht vorausgesetzt und teleologisch: über ihre (komplexitätsreduzierende) Funktion begründet. Die Institutionentheorie ist aber in der Lage, hier nachzuhaken, und die Entstehung von Institutionen über deren Nutzen für daran teilnehmende Akteure zu erklären. Die Systemtheorie ist dagegen daran interessiert, den Beitrag von Beziehungen – von Kommunikationen bestimmter Form – für deren eigene Reproduktion zu ermitteln.

Da Institutionen bestimmte Beziehungen etablieren, lassen sie sich auch in der Systemtheorie erfassen, allerdings aus Sicht der Beziehungen, nicht der daran beteiligten Akteure. Der Gegenstand wird von der anderen Seite erfaßt, etwa folgendermaßen:

Institutionen sind Verhaltensregeln; sie dienen in Handlungstheorien dazu, die soziale Welt durch Handlungsregeln zu systematisieren, aus denen – im Regelfalle – regelmäßige, bzw. regelgemäße Handlungen abgeleitet werden. Sinn und Zweck von Institutionen ist die Koordination von Handlungen über die allseits bekannte Festlegung erwartbarer Handlungen. Im einzelnen heißt das:

- | Institutionen geben Orientierungen für individuelle Handlungen, indem sie
- | bestimmte erwartbare (oder stärker: erlaubte) Verhaltensweisen selektieren und
- | damit die Anschlußfähigkeit weiterer Handlungen im Rahmen der Regeln sichern;
- | unterstellen sie dabei, daß über die Handlungsregeln allgemeiner Konsens herrscht.

Da die Systemtheorie von Akteuren auf Aktionen und von Handlungen auf Kommunikationen umstellt, fallen darin Institutionen als Verhaltensvorgaben, die Individuen zu beherzigen haben, zwar nicht vollständig aus dem Theorieraster; sie werden aber nunmehr bloß durch ihr postuliertes Ergebnis auf Kommunikationen repräsentiert: als Konsensunterstellungen für unabsehbare zukünftige Ereignisse.<sup>56</sup>

In der Systemtheorie verlieren Institutionen jene besondere Stellung, die ihr akteurszentrierte Handlungstheorien zubilligen. Sie dienen dort nicht mehr als zentraler Koordinationsmechanismus von Handlungen, sondern als ein Aspekt der Reproduktion von Systemen unter anderen. Der Mechanismus wird darüber systemtheoretisch all jener Aspekte entkleidet, die die Motivation von Akteuren (also ihre Funktion für Akteure) betreffen.

Allein die unspezifische Dienlichkeit der Geltung von Institutionen für jegliche Systemreproduktion ist von Interesse: Institutionen stabilisieren grundsätzliche Bereitschaften zur Wiederholung gleichartiger Kommunikationen. Die Systemtheorie kann sehen, daß Märkte und ihre Regeln wirtschaftliche Kommunikation wahrscheinlich machen, interessiert sich aber ansonsten nicht für die Wirkung spezifischer Regeln auf Markthandlungen und –Ergebnisse. Zwei Aspekte sind hier also bedeutsam für das Verhältnis von Institutionen- und Systemtheorie:

1. Alle weiteren Spezifikationen von Akteursbeziehungen jenseits ihrer Ermöglichung oder Erleichterung überläßt die Systemtheorie dem jeweiligen Code des Teilsystems, Institutionen haben hier keine spezifische handlungsleitende Wirkung.
2. Die Systemtheorie interessiert sich wenig für die materielle Stabilisierung von spezifischen Akteursbeziehungen durch Institutionen, als vielmehr für die Möglichkeit, daß diese Beziehungen, einmal zustandegekommen, sich im weiteren Verlauf verändern können, um möglich zu bleiben.

## 6. Transaktionskosten und Selbstbeschreibung

Die Differenzierungslogik der Systemtheorie erzeugt das Bild einer vieldimensionalen Welt autonomer Monaden. Das impliziert, wie schon angedeutet, die operative Unabhängigkeit der Gesellschaftsteilsysteme voneinander, aber auch die Integration jeweils aller Kommunikationen bestimmter Form in das jeweilige Teilsystem. Es gibt nur eine Wirtschaft der Gesellschaft, die aus allen Kommunikationen über Zahlungen besteht. Das hat Folgen für die Behandlung von Transaktionen.

Die Williamsonsche Transaktionskostenökonomik<sup>57</sup> fokussiert auf den ökonomischen Aspekt (Kosten) nicht-ökonomischer Koordination (juristisch abgesicherter Vertrag) der marktlichen Basisinteraktion (Transaktion). Als Transaktion bezeichnen wir die Übertragung von Leistungen (Gütern, Dienstleistungen) und den Rechten daran gegen Zahlungen. Als alternative Vertragsformen werden bekanntlich Punkttransaktionen auf dem anonymen Markt (*arm's-length*

<sup>56</sup> Vgl. Tacke 1999, die dort Luhmann 1970 zitiert.

<sup>57</sup> Vgl. Williamson 1973.



*transaction*), langfristige Verträge über wiederholte Transaktionen und Arbeitsverträge zwischen Unternehmen und Arbeitskräften in Betracht gezogen.

Den für die Systemtheorie interessanten Aspekt macht Tacke<sup>58</sup> in der Bedeutung von Transaktionskosten als zentralem Theorieelement aus: In Form von (Transaktions-)Kosten, also von Zahlungen, beobachtet dort das Wirtschaftssystem seine eigene (Leistungs-) beziehung zur Umwelt, die ihren Ausdruck in der Koppelung von Zahlungen als Element der Wirtschaft und systemfremden Leistungen findet. Hier wird die Leitdifferenz Zahlung (oder nicht) auf ihr eigenes Verhältnis zu etwas Systemfremdem angewandt. Tacke entdeckt darin die Form der Selbstbeschreibung des Wirtschaftssystems, die dessen Identität sichert und in der ökonomischen Theorie reflektiert wird.

Was die Angelegenheit kompliziert und im systemtheoretischen Vokabular zu Schwierigkeiten führt, ist der Umstand, daß diese Kopplung von Zahlung und Leistung in der Transaktion zum Erhalt des Wirtschaftssystems zwar notwendig ist, durch es selbst als System von Zahlungen aber nicht gesichert werden kann.

Die Wirtschaft aus Transaktionen verhält sich offenbar anders als Gesellschaftssysteme, die als Systeme aus reinen Kommunikationen ohne materiellen Bezug zurechtkommen und sich in ihrer Selbstbeschreibung nicht auf die Leistung anderer Systeme stützen: Erstens „braucht man Transaktionen, um Zahlungen zu reproduzieren“,<sup>59</sup> also systemfremde Elemente; zweitens bedient sich die Transaktionskostenökonomik, um die Transaktionen zu sichern, derer juristischer und nicht etwa ökonomischer Absicherung.

Nun ist es gerade die gezielte, und nicht etwa unkontrollierte, Verbindung aus Kosten- und Leistungsgrößen, die seit jeher die Ökonomik beschäftigt hat. In ihrer Standardfassung stellt sie Mechanismen auf, die diesen Zusammenhang perfekt regieren; erst neuerdings werden Koordinationsprobleme zum Thema – und damit Form- bzw. Formierungsprobleme: juridischer, epistemischer und kommunikativer Art (was gilt? Was ist wem zuzurechnen? Was wird erwartet? In welchem *frame*? etc.).

Die auf funktionale Differenzierung abonnierte Systemtheorie Luhmannscher Prägung kann aber die Ambition neuerer ökonomischer Theorie, ihren Gegenstand als integriertes System aus Kosten, Leistungserstellung und geregelten Handlungszusammenhängen zu begreifen, nicht bedienen. Durch die Modellierung der Wirtschaft als System von Zahlungskommunikationen bleibt die Systemtheorie in dieser Hinsicht der neoklassischen Auffassungen einer allein durch ihre Zahlungsströme koordinierten Ökonomie verbunden. Ihre – von Tacke geleistete - Deutung der Transaktionskostenökonomik zeigt aber sehr wohl auf das, was diese gerade von der neoklassischen Ökonomik trennt, ohne es in ihr Gebäude übernehmen zu können. Das sind die expliziten Thematisierungen

1. Von möglichen Abweichungen von Leistung und Zahlung wegen unvollkommener Information, die das perfekte Koordinationsgleichgewicht stören;

---

<sup>58</sup> Vgl. Tacke 1999.

<sup>59</sup> Baecker 1988: 118, zitiert nach Tacke 1999.

2. Von regelhaften formalen Bedingungen der Ermöglichung von Transaktionen und damit auch von Zahlungen.

In der Sprache der Ökonomik geht es hier also schlicht um das Opportunismusproblem bezüglich der Erfüllung von Verträgen, das aus Informationsasymmetrien folgt, und um die institutionelle Absicherung wirtschaftlicher Interaktion zu dessen Kur. Systemtheoretisch ist diese institutionenökonomische Perspektive aber prekär, wenn sie nur auf das Abweichungs-/Re-Adaptierungsproblem fokussiert bleibt. Abweichungen (*non-opportunism*) mögen dennoch *incentive*-geleitet sein; aber als *incentives* aus anderen Kontexten (oder Alternativen).

## 7. Recht

Kommunikationen über formale Institutionen werden in der Systemtheorie als Elemente des Rechtssystems behandelt, lassen sich dort allerdings nicht durch wirtschaftliche Belange stören. Für eine funktional differenzierte Gesellschaft<sup>60</sup> stellt das Recht eine so „anspruchsvolle Leistung des Gesellschaftssystems“<sup>61</sup> dar, daß sie sich dafür ein eigenes Funktionssystem leistet.<sup>62</sup>

Daß sich juristische Regeln zum Vorteil wirtschaftlicher Entwicklung durchsetzen, etwa in dem sie sich als besonders hilfreich und nützlich erweisen, erscheint insofern unwahrscheinlich. Aus der Sicht der Systemtheorie erweist sich das Rechtssystem zwar als mit anderen Funktionssystemen ‚strukturell gekoppelt‘, ihre geschlossene (selbstreferentielle) Operationsweise schützt es aber vor fremden Ansprüchen.

Das bedeutet insbesondere, daß sich das Rechtssystem nicht an seiner Nützlichkeit für die Wirtschaft oder das Erziehungssystem orientiert, sondern zunächst nur an vorangegangenen Operationen, welche die Auswahl möglicher Anschlußoperationen vorstrukturieren. Recht ist nicht unbedingt, was nützlich oder gerecht ist, sondern was aus der Systemlogik des Rechtssystems recht und nicht unrecht ist.

Davon abgesehen erfüllt das systemtheoretische Recht für die Gesellschaft aber durchaus jene Funktion, wie sie in der Institutionenökonomie der formalen Institution zugesprochen wird: Recht soll Kontingenz ausschalten. Es ermöglicht stabile Erwartungen hinsichtlich einem bestimmtes Verhaltens.

Durch die Beschränkung der Operationsweise von Systemen auf binäre Codierung verbannt die Systemtheorie in einem Zug die Möglichkeit der Koexistenz gleichartiger Systemtypen genauso aus ihrem Blickfeld wie mögliche systematische Interdependenzen zwischen Systemen.

---

<sup>60</sup> Für eine knappe Zusammenfassung siehe Luhmann 1990: 47-50.

<sup>61</sup> Ebd. S.48

<sup>62</sup> Siehe auch Luhmann 1995.

Der Eingriff in die Operationen des Wirtschaftssystems vonseiten des juristischen, wie ihn die Institutionenökonomik zur Stabilisierung formeller Regeln vorsieht, läßt sich in der Anlage der Systemtheorie schwer beschreiben. Diesem Umstand räumt die Institutionenökonomik als ‚third party enforcement‘ eine zentrale Rolle ein, um Institutionen *extern* zu stabilisieren. Die Übung hat den theoretischen Sinn, den Einfluß der individuellen Akteure auf die Bedingungen ihres Handelns zu nehmen und so das Opportunismusproblem auszuhebeln.

Das Argument ist althergebracht. Man findet es auch bei den schottischen Moralphilosophen, in deren Tradition bekanntlich weite Teile der Wirtschaftswissenschaft stehen. Hobbes läßt seine Wölfe durch den Leviathan zähmen, Locke weist explizit auf die Notwendigkeit allgemeingültiger Gesetze zur neutralen Lösung von Interessenkonflikten durch Richterspruch: „Das Fehlen eines gemeinsamen, mit Autoritäten ausgestatteten Richters versetzt alle Menschen in einen Naturzustand: Gewalt ohne Recht, gegen die Person eines anderen gerichtet, erzeugt einen Kriegszustand[.]“<sup>63</sup>

Die Systemtheorie konstruiert die Grenzen sozialer Koordinationsarenen nicht anhand ihrer Funktionalität für die Akteurszwecke oder anderer Formen der Segmentierung und hat daher keine Handhabe, einzelne Institutionen voneinander zu unterscheiden. Institutionen lassen sich nicht als Systeme fassen, da die Form der Kommunikationen in verschiedenen Institutionen (als Kommunikationen in Form von Regeln) übereinstimmt. Institutionen sind nicht im systemtheoretischen Sinn operativ geschlossen.

Die Institutionenökonomik kann aber Akteursinteressen zur Grenzziehung von Institutionen heranziehen. Sie kann einzelne Regelwerke anhand ihres jeweiligen ökonomischen Zwecks angesichts möglicher Interessen von Teilnehmern abgrenzen und dadurch für externe Eingriffe öffnen: Eigentumsrechte, Märkte, Verträge etc. dienen bestimmten Arten der Interessenverfolgung, die aber erst dadurch ermöglicht werden, daß sie von uninteressierter Seite (einer dritten Partei) zur Verfügung gestellt werden.<sup>64</sup>

*Was eine Institution als theoretischer Einheit ausmacht, ist dann, daß sie konsistente Regeln zur Verfolgung bestimmter interaktiv erreichbarer Akteurszwecke zur Verfügung stellt.* Im Unterschied zu Kommunikationssystemen läßt sich über Institutionen auch reden, wenn man nicht an ihnen teilnimmt.

Problemen begegnet die Institutionentheorie vor allem, wenn es um die Erklärung der Geltung informeller Institutionen geht, die eben nicht institutionenextern verankert sind, was wiederum, wie besprochen, der Systemtheorie leichter fällt, aber nicht vollständig durch sie gelöst werden kann. Wie es aussieht, sind auch hier die Erklärungsleistungen von Institutionen- und Systemtheorie komplementär angelegt.

---

<sup>63</sup> Locke (in der deutschen Ausgabe von 1977): 212.

<sup>64</sup> Das sich Interessen ändern können und darüber die Grenzziehung von Institutionen, ist ein Aspekt, der noch zu untersuchen wäre.

## E. Organisationen

Die Probleme, die sich die Systemtheorie mit ihrer funktionalen Differenzierung zur Erfassung bestimmter Phänomene einhandelt, offenbaren sich insbesondere in ihrer Behandlung von Organisationen. Es gibt bekanntlich mehr als eine Organisation und in mehr als nur einem Teilsystem. Gleichwohl will die Systemtheorie Organisationen zu Systemen erklären, die nun allerdings nicht als Gesellschaftsteilsystem neben anderen, sondern als Teil des Teilsystems Wirtschaft auftreten.

### 1. Organisation systemtheoretisch

Als spezifische Operationen, aus denen sich Organisationen selbst erst schaffen, schlägt Niklas Luhmann Kommunikationen in der Form von Entscheidungen vor.<sup>65</sup> „Auf dieser Theoriegrundlage können organisierte Sozialsysteme begriffen werden als Systeme, die aus Entscheidungen bestehen und die Entscheidungen, aus denen sie bestehen, durch die Entscheidungen, aus denen sie bestehen, selbst anfertigen.“<sup>66</sup>

Wie alle Systemtypen, müssen auch Organisationen über spezifische Möglichkeiten der Strukturbildung verfügen, mit denen sie sich auf Umweltereignisse einstellen und sie in systemspezifische Ereignisse übersetzen können.<sup>67</sup> Zu diesen Strukturen sind regulative Bedingungen für ein richtiges Entscheiden zu zählen: Entscheidungsprämissen. Sie strukturieren den Möglichkeitsraum an Anschlußentscheidungen durch bewährte Unterscheidungen wie „Beachtung und Nichtbeachtung [...] Konformität oder Abweichung“<sup>68</sup> vor, prädestinieren aber Entscheidungen nicht abschließend.

Klassische Artefakte wie Organigramme, Leitbilder, Führungsordnungen oder Darstellungen der Regelkommunikation dokumentieren Entscheidungen über solche Entscheidungsprämissen. Für die Autopoiesis zählt letztendlich nur, ob eine Prämisse im „Entscheidungsprozeß tatsächlich benutzt wird, sei es konform, sei es abweichend, sei es kooperativ, sei es sabotierend, sei es schweigend, sei es ‚aktenkundig‘ mit Zustimmung oder Widerspruch“<sup>69</sup>. Als informelle Institutionen können sich auch nicht entschiedene Entscheidungsprämissen herausbilden, zum Beispiel in Form von abteilungsabhängigen Usancen oder altmodischen Umgangsformen. Luhmann spricht dann von Organisationskultur.<sup>70</sup> Mit der Zeit statten sich Organisationen mit umfassend ausdifferenzierten Normordnungen aus, mit denen sie sich gegenüber bestimmten Umweltereignissen entweder irritierbar oder indifferent machen.

<sup>65</sup> Vgl. Luhmann 1981a und 1993. Mit „Kommunikation in der Form von Entscheidung“ ist nicht die Entscheidung eines Einzelnen gemeint, der lange nachdenkt, entscheidet und seine Entscheidung dann kommuniziert. Sie kann nie Operation eines psychischen Systems sein. Vgl. Luhmann 2000a.

<sup>66</sup> Vgl. Luhmann 1998a.

<sup>67</sup> Ebd. S. 229

<sup>68</sup> Ebd. S. 225

<sup>69</sup> Ebd. S. 228

<sup>70</sup> Ebd. S.242 f.

## 2. Organisation institutionenökonomisch

Institutionenökonomisch sind Organisationen *Bündel von Verträgen*,<sup>71</sup> aber – wenn man es so beschreibt, dann kommt es entscheidend darauf an: *Bündel von offenen oder unvollständigen Verträgen*. Denn das, wozu sich Menschen vertraglich zur Mitarbeit binden im Kooperationsmodus von Organisationen, kann wohl festschreiben, welche Dispositionen zu leisten sind, nicht aber die tatsächlichen Leistungen und Ausführungen der Arbeit, die von Markt- und Umgebungsentwicklungen abhängig sind, die man zur Vertragsschließung nicht weiß.

Die Institutionenökonomie thematisiert die Unvollständigkeit von Verträgen und die methodischen Konsequenzen dieser *incompleteness*.<sup>72</sup> Eine dieser Konsequenzen ist eine erhöhte Anforderung an organisatorische und soziale Kompetenz. In dynamischen Märkten organisieren Organisationen ihre Leistungserstellung immer wieder neu; das erfordert kommunikative Kompetenz.<sup>73</sup>

Wir sehen, wie sich die Operation ‚Schließung unvollständiger Verträge‘ in eine dynamische Bewegung begeben hat, die uns die komplexe Mikrostruktur von Organisationen aufschließt: als Arenen der *governance*, die auf vielfältige Weise an der Schließung arbeitet, mit vielen Kooperatoren. Wir werden dieser Komplexität erst jetzt gewahr. Das Geschäft des Managements wird nicht einfacher; es zieht sich auf die *supervision* und das *monitoring* von selbständigen Prozessen zurück, die allerdings immer wieder, und immer wieder neu, gelernt werden müssen. Und immer wieder müssen diese emergenten Prozesse neu durch Entscheidungen unterbrochen werden, für die das Management final die Verantwortung behält. *Governance* ist ein Modus der Schließung von Vertragsoffenheit bzw. Vertragsunvollständigkeit. Damit ist es *sui generis* ein trans-neo-klassisches Thema, wenn in der Neoklassik davon ausgegangen wird, daß Verträge gelten und symmetrisch wie vollständig sind. *Governance* unterscheidet sich von Führung / *leadership* i.e. S. dadurch, daß es nicht auf hierarchische oder Weisungs- und Machtverhältnisse ankommt, sondern immer zugleich auf Überzeugungsverhältnisse: andere sollen frei dazu gebracht werden, zu kooperieren - über Incentives und Motivationen. Die Schließung muß selbst wieder Öffnungen erlauben. Die Komplementarität von Institutionen- und Systemtheorie wird zum neuen Forschungsfeld.

## 3. Organisationen und Institutionen

Die Diskussion von Organisationen und ihrem Verhältnis zu Institutionen und deren Theorien hat seine Tücken. Das liegt nicht zuletzt am Mangel einheitlicher Begriffsbestimmung. Eine Variante der Institutionenökonomik, der sog. Neue Institutionalismus,<sup>74</sup> hat eine zur Systemtheorie ähnlich gelagerte Begründung von Organisationen aus

<sup>71</sup> Vgl. Aoki/Gustafsson/Williamson 1990

<sup>72</sup> Vgl. Saussier 2000

<sup>73</sup> Vgl. Baecker 1999; 2003.

<sup>74</sup> Vgl. March / Olson 1989. Vgl. zum Verhältnis dieses Ansatzes zur Systemtheorie auch Takeck 1999.

entscheidungstheoretischer Werte zu bieten. Dort wird, ausgehend von einer defizitären Wahrnehmung der Welt, regelorientierte Entscheidungen (*rule following behaviour*) anstelle ständiger *rational choice* gesetzt. Die Regeln zur Verfügung zu stellen, ist die Hauptleistung der Organisationsstruktur, was ihre Mitglieder in zweierlei Hinsichten entlastet:

1. sie müssen sich nicht um die Begründung der Regeln kümmern;
2. ihre Entscheidungsmöglichkeiten werden durch die vorgegebenen Regeln auf eine überschaubare Anzahl von Alternativen eingegrenzt.

Die Systemtheorie sieht hierin eine Beschränkung der Verweisungshorizonte von Kommunikation zur Reduktion von Komplexität, um sicherzustellen, daß Entscheidungen in erwartungssicherer Form aneinander anschließen können.<sup>75</sup>

Diese Art der Regelbefolgung in Organisationen ist allerdings von der bisher behandelten institutionellen unterscheidbar. Zunächst gibt es innerhalb der Strömungen der Institutionenökonomik abweichende Auffassungen über das Verhältnis von Organisationen und Institutionen. So wird dieses Verhältnis u.a. bei North<sup>76</sup> spiel-metaphorisch als dasjenige von spielender Mannschaft und Spielregeln beschrieben. Williamson<sup>77</sup> sieht dagegen wenig Differenzierungsbedarf, wenn er Transaktionen jeweils alternativ durch Märkte, langfristige Verträge oder eben Hierarchien in Form von Organisationen regulieren läßt.

Williamson steht hier eher auf der Seite J.M. Buchanans, der zwischen nicht konsenspflichtigen ‚choices within rules‘, die einfacher, situativer Wahlhandlungsrationalität folgen, und der Konsensforderung unterworfenen ‚choice of rules‘, in denen es um die Findung von Regeln geht.<sup>78</sup> Anders als bei Brennan/Buchanan geht es Williamson nicht um „allgemeine Gültigkeit“ der Regeln, sondern um pragmatische Entscheidungen für ein *institutional design*, das die Transaktionskosten am Besten senken kann.

Die Williamsonsche Position ist allerdings angreifbar: ihr Begriff von Transaktionen (Zahlungen gegen Leistungen) ist zwar auf den Arbeitsvertrag anwendbar, der (als Institution) zum Organisationsbeitritt führt, nicht aber auf die fortgesetzte Interaktion in Unternehmen. Innerhalb von Unternehmen gibt es keine Transaktionen, sie sind keine Märkte - außer (s.o.) wenn sie als *Bündel von Verträgen* reinterpretiert werden.<sup>79</sup> (Man kann diese vertragstheoretische Organisationserklärung bezweifeln, aber innerhalb der Williamsonschen Transaktionskostenökonomie bleibt sie konsequent).

Der Institutionalismus von March und Olson läßt die Grenzen von Organisationen und Institutionen noch stärker verschwimmen, indem er Regelbefolgung auf individuelle Handlungen ausweitet. Die Befolgung persönlicher Regeln durch einzelne Akteure zur Reduktion von Entscheidungskomplexität unterscheidet sich allerdings von derjenigen von Interaktionsregeln, die für alle Teilnehmer von Institutionen gelten. Einseitige Neigungen zur Regelbefolgung im

---

<sup>75</sup> Vgl. Tacke 1999.

<sup>76</sup> North 1990.

<sup>77</sup> Williamson 1973.

<sup>78</sup> Brennan/Buchanan 1993: 40; vgl. auch Kap. 5 in Priddat 2004b.

<sup>79</sup> Aoki/Gustafsson/Williamson 1990; vgl. generell hierzu Kap. 10. In Priddat 2004b.

allgemeinen erklären nicht vollständig die Herausbildung gemeinsamer Regeln trotz drohenden Opportunismus.<sup>80</sup>

Hierarchien unterscheiden sich als Koordinationsmechanismus von Institutionen. Hierarchien ordnen Interaktionen asymmetrisch: sie legen Weisungsbefugnisse fest, nicht etwa Spielregeln, die für alle Parteien gelten, auf die sich die Akteure einstellen müssen, um ihre je eigenen Interessen in Verhandlungen mit den anderen zu verfolgen. Mit dem Beitritt zur Organisation entkoppeln sich Interessen und Handlungsziele des einzelnen Akteurs. Was nunmehr zählt, ist das Organisationsziel. Hierarchien setzen voraus, daß alle Beteiligten dasselbe Ziel verfolgen, und daher in ihrem arbeitsteiligen Handeln über Zwischenzielvorgaben abgestimmt werden müssen

Die Reduktion von Unsicherheit, die Organisationen leisten, indem sie ihren Mitgliedern Verhaltensgrenzen und Entscheidungsmechanismen zur Verfügung stellen, ist offenbar anders zu modellieren als diejenige in Institutionen, wenn sie als Interaktionsarenen freier Interessenverfolgung unter Beachtung von Spielregeln begriffen werden. Hier muß aus Gründen der theoretischen Bearbeitbarkeit streng differenziert werden.

Der systemtheoretische Begriff von Organisationen hilft hier auch wenig weiter. Zunächst ist es nicht einsichtig, wieso in der Systemtheorie Organisationen überhaupt als Systeme in ihrem Sinne aufgefaßt werden sollten, wenn sie mit diesen doch so wenig gemein haben. So sind Organisationen offenbar dazu in der Lage, an verschiedenen Teilsystemen teilzunehmen, auch gleichzeitig. Dazu können sie über ihre Grenzen hinweg kommunizieren, indem sie Leistungsofferten und -erwartungen anbringen und anmelden.<sup>81</sup> Verschiedene Organisationen lassen sich nicht über ihre Funktion unterscheiden (sondern über ihre materielle Leistung, etwa Güterqualitäten). Es ist, um weiter zu gehen, ohnehin fraglich, inwiefern es ausreichen kann, auf Kommunikationen in Form von Entscheidungen zu verweisen, um Organisationen abschließend zu definieren.

Den institutionellen Aspekt von Organisationen: den Beitritt durch einen Arbeitsvertrag mag die Systemtheorie noch als ‚Konsensunterstellung für zukünftige Entscheidungen‘ erfassen, das dann folgende Verhalten in der Organisation ist dadurch aber längst nicht geklärt. Wieder ist bloß sichergestellt, daß überhaupt interagiert wird, nicht aber wie und wozu. Die Institutionentheorie kann hier immerhin präziser auf den Unterschied von Organisationen und Institutionen zeigen, indem sie wieder auf Akteure und deren Interessen zurückgreift.

---

<sup>80</sup> Vgl. hierzu auch Kap. 3 in Priddat 2004b.

<sup>81</sup> Zweifel über den Systemstatus von Organisationen finden sich bei Tacke 1999.

## F. Regelbruch

### 1. Regelbruch und Stabilität

Eine bedingungslose Fixierung von Regel- und Normordnungen, wie sie die statische Effizienzdiskussion von Institutionen dominiert, sieht die Systemtheorie nicht vor. Sie hält im Gegenteil Starrheit für eine Gefährdung der Autopoiesis ihrer Systeme. Um es evolutorisch zu deuten: Systeme müssen sich in bezug auf Irritationen aus ihrer Umwelt beweglich halten, um ihre Autopoiesis fortsetzen zu können.

Luhmann identifiziert in Organisationen „brauchbare Illegalitäten“<sup>82</sup>, mit denen sich diese ausstatten müssen, um Regelbruch zuzulassen, ohne diesen gleich selbst zur Regel zu machen. Solche Strategien zur kontrollierten Abweitungstoleranz können unterschiedlich ausfallen: Eine Abweichung kann beispielsweise als unvermeidlich vertreten oder taktvoll ignoriert werden; sie ist per se noch kein Problem.

Abweichungen von Regeln oder widersprüchliche formelle und informelle Regelungen eines Gegenstandes lassen sich institutionentheoretisch bislang nur bedingt erklären. Die Diskussion der Regelabweichung wird regelmäßig auf das opportunistische Verhalten eines Akteurs begrenzt, das alle anderen aus eigenem Interesse einzudämmen versuchen. Es ist in der Theorie nicht vorgesehen, daß Opportunismus strukturbildende Wirkungen hätte, etwa als Mechanismus für institutionellen Wandel. March<sup>83</sup> sieht zwar die Möglichkeit widersprüchlicher Regeln in Organisationen vor, begreift es aber als Problem zunehmender Komplexität und unzureichend geklärter Zuständigkeiten: als Pathologie.

Institutionentheorien erklären jegliches Akteurverhalten über den Zusammenhang von Akteursinteressen und Verhaltensregeln. Insofern haben sie auch dann auf Regeln zurückzugreifen, wenn sie die Auflösung von Regeln erklären müssen: auf neue, effizientere Regeln, die sie ersetzen. Die Theorie verhält sich hier, wie es die Systemtheorie über regelförmige Kommunikation voraussagen würde: sie kann nur über Regeln reden.

Daß sich auch ineffiziente Regeln halten können folgt dann aus den Umständen, daß die Theorie

1. auch in der Zukunft irgendeine gültige Regel erwartet, und
2. die Umstellung auf eine neue, effizientere Regel für den einzelnen Akteur mit zu hohen Kosten verbunden wäre, entweder wegen aufwendiger Umstellungen oder deshalb, weil er sich nicht mit genug anderen abspricht.

Regelbrüche, die sich nicht an Kostengrößen oder Koordinationsrenten orientieren, lassen sich nicht systematisch einpassen. Als unregelmäßiges Verhalten stehen sie jenseits des institutionentheoretischen Blickfeldes. Kurz: **Regelbrüche lassen sich durch die Theorie nicht erklären, solange sie nicht regelmäßig auftreten.**

<sup>82</sup> Luhmann 1964a.

<sup>83</sup> Vgl. March 1994.



Warum nun kann es widersprüchliche Institutionen für einen Gegenstandsbereich geben, wenn er sowohl formellen als auch informellen Regelungen unterworfen wird? Die Institutionentheorie hat wenig Probleme, das zu akzeptieren, weil sie im Gegensatz zur Systemtheorie nicht darauf besteht, daß die von ihr analysierten Koordinationsmechanismen eine unbegrenzte Reichweite haben müssen. Verschiedene Institutionen können für verschiedene Akteure gelten. Und verschiedene Akteure können verschiedene Institutionen bevorzugen, sofern die Gelegenheit zur Wahl besteht.

Wenn formelle Institutionen, die bestimmte Verhaltensweisen fördern sollen, informelle Alternativen zu sich nicht gerade verbieten, ist es durchaus leicht einzusehen, daß bestimmte Akteure die informelle Variante vorziehen können. Zu nennen ließe sich hier beispielsweise die steuerliche Privilegierung der Ehe, obwohl eheähnliche Gemeinschaften an Häufigkeit zunehmen und erstere absehbar partiell ersetzt werden. Die Förderung der Ehe erhöht zwar die Opportunitätskosten all derer, die eine wilde Ehe bevorzugen, schreibt aber niemandem vor, zu heiraten.

Die Systemtheorie hält derartige Widersprüche auch innerhalb von Systemen für unproblematisch, da diese flexibel genug sind, Normbrüche als legitim zu behandeln oder unthematisiert zu halten, solange dies für ihre Autopoiesis nicht gefährlich wird.<sup>84</sup> Sie thematisiert die wechselseitige Stabilisierung von Norm und Normbruch: eine Norm ist nicht nur auf Befolgung, sondern auch auf Zuwiderhandlung angewiesen, um bestehen zu können. Denn nur eine Zuwiderhandlung bietet Gelegenheit zu zeigen, daß sie noch gilt.<sup>85</sup> Oder anders gesagt: Es besteht ein zirkuläres Verhältnis zwischen dem Entstehen von Normen und ihrem Bruch. Durch ihren Bruch wird ihr Bestehen als Norm bestätigt und nur durch sie kann überhaupt etwas gebrochen werden.

Gelegentlich ist die Sprache der Systemtheorie für Ökonomen nicht leicht verständlich; nicht, weil nicht klar wäre, was sie sagt, sondern, weil es mitunter unklar ist, was sie nicht sagt. Ihre Vorliebe für Tautologien und Scheinparadoxien erfordert einen für die Ökonomik ungewohnten Blick für Ebene und Perspektive der Argumentation. Daß Regeln nur dadurch als Regeln bestätigt werden könnten, daß sie gebrochen würden, läßt sich auch so ausdrücken:

1. Einzelne Verhaltensnormen oder –regeln müssen notwendig gebrochen werden *können*, sonst würden sie nicht zwischen erlaubten und nichterlaubten Verhaltensweisen unterscheiden. Das heißt nicht etwa, daß Verhaltensregeln dadurch Regeln würden oder blieben, daß sie tatsächlich gebrochen werden.
2. Solange es der Systemtheorie nur darauf ankommt, daß überhaupt beständig in Form von Regeln oder Normen kommuniziert wird, ist es unerheblich, über welche Regel gerade gesprochen wird. Es stabilisiert vielmehr diese Form der Kommunikation (sichert die Autopoiesis), wenn sie auf verschiedene Inhalte angewendet werden kann. Hier spricht die Systemtheorie von der Geltung von Normen überhaupt, nicht von der Geltung einzelner.

<sup>84</sup> Als historisches Beispiel mag hier der Maria-Theresien-Orden dienen, mit dem im kaiserlichen Heer besonders mutige Soldaten geehrt wurden, die gegen Befehle verstießen und dabei erfolgreich waren. In allen anderen Fällen des Normverstößes drohte natürlich die Füsilierung. Siehe zu solchen „offiziellen Gegenparadoxien“: Paul Watzlawick 1976.

<sup>85</sup> Luhmann 1964a: 304.

Regeln werden allerdings nicht erst dann als solche sichtbar, wenn sie unter großem Aufsehen gebrochen werden. Es reicht, wenn auf die Möglichkeit, die Regel zu brechen, hingewiesen wird oder wenn die Ahndung eines Regelbruchs Diskussionen darüber provoziert. Auf diese Weise kann die Regel infrage gestellt werden, ohne daß sie zwischenzeitlich beschädigt würde. Diese Differenz bereitet der Systemtheorie keine Schwierigkeiten, schließlich operiert sie mit Kommunikationen, die unbeschadet revidiert werden können.

Der Hinweis auf die jeweils gültige Regel und die Folgen ihres Gegenteils ist allerdings von einiger Bedeutung für gelingende Interaktion. Die Institutionenökonomie thematisiert diesen Umstand nicht an prominenter Stelle (obwohl sie es wohl sollte und auch hier wird das nicht geschehen). Sie impliziert ihn allerdings, wenn sie mit Regelbrüchen als Sanktionsdrohungen argumentiert, wenn es darum geht, regelgerechtes Verhalten zu provozieren: so schreibt es die *tit for tat*-Strategie zur Überwindung des Gefangenendilemmas vor.<sup>86</sup> *Es ist kein Zufall, daß es sich auch hier um eine Regel für den Regelbruch handelt; und daß sie wieder auf Stabilisierung zielt.*

## 2. Regelbruch und Wandel

Interessanter ist die Frage, wie sich eine Institution trotz der Bedeutung ihrer Stabilität veränderungs- und entwicklungsfähig halten kann.<sup>87</sup> Im Normbruch finden sich aufschlußreiche Antworten. Durch die Thematisierung ihres Bruchs wird nicht nur sichtbar, ob eine Institution weiterhin gilt, sondern auch, ob sie angepaßt werden sollte.

Exemplarisch läßt sich dies an einer jüngst öffentlichen entbrannten Diskussion zu der Legitimität von Folter in Notsituationen zeigen, nachdem Frankfurts Vize-Polizeichef Wolfgang Daschner im Rahmen der Suche nach Jakob von Metzler seinen Beamten einen Folterbefehl erteilt hatte. Anschließend „reklamierte Daschner für die Ausnahmesituation im Entführungsfall einen ‚übergesetzlichen Notstand‘, da er das Leben des Jungen mit allen Mitteln habe retten wollen(...). Ebenso argumentierte er immer wieder, die Folterandrohung habe zur Gefahrenabwehr gedient, da die Fahnder fürchteten, von Metzler könne in seinem Versteck verhungern oder verdursten.“<sup>88</sup>

Der „übergesetzliche Notstand“ als allgemeiner Rechtsgrundsatz soll hier über seine bisherige Verwendung hinaus so weit gedehnt werden, bis der Normbruch selbst als legitim gerechtfertigt werden kann, ohne das dies gleich andere Polizisten zu Folterungen anhält. Auch wenn dieser Vorstoß recht bald nicht mehr in Betracht gezogen wurde, war die formelle Institution des generellen und unbedingten Folterverbots erst durch ihren Bruch und der dadurch provozierten Diskussion auf den Prüfstand geraten. Die Aufgabe vieler Verbände, für gerichtliche

---

<sup>86</sup> Vgl. Axelrod 1984.

<sup>87</sup> In der institutionalistischen Organisationsforschung bekommen wir Zyklus- und Prozeßmodelle der Genese, Verfestigung und Krise institutioneller Strukturen vorgetragen (vgl. Tolbert/Zucker 1996; Anderson/Tushman 1990 und Beckert 1999).

<sup>88</sup> Vgl. Matthias Gebauer 2004: Anklage macht der Folter den Prozeß, Spiegel Online am 20.2.2004, <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,287371,00.html> [Stand: 5.4.2004]

Präzedenzentscheidungen zu sorgen, um Rechtsklarheit sicherzustellen, zielt genau in diese Richtung.

Die Ebenen von Handlung und Kommunikation sind klar zu trennen: die formelle Regel geriet durch einen Bruch auf den Prüfstand, der geahndet wurde. Die Regel selbst wurde also noch beibehalten, ihre Anwendung sorgte aber für Diskussionen über mögliche alternative Regelungen, bzw. einer Differenzierung der Regel. Diese Prüfung allein gefährdete noch nicht die Regelgeltung, kann aber nicht permanent stattfinden: würde eine Regel regelmäßig geprüft, verlöre sie ihre Entlastungsfunktion für die Beteiligten. Die ständige Diskussion hätte nicht nur direkte Kosten, sie würde v.a. die Teilnehmer darüber verunsichern, ob sie sich tatsächlich langfristig auf die Regel verlassen können. Unsicherheit über die Geltung von Regeln entwertet das *institutional capital*.

An dieser Stelle drohen institutionentheoretische Überlegungen zum institutionellen Wandel in die Sackgasse zu geraten: allein die Möglichkeit eines zukünftigen Wandels stört die gegenwärtige Effizienz von Regeln, die zu erklären die Institutionentheorie sich alle Mühe gibt.<sup>89</sup> Die Systemtheorie stört sich hieran deswegen nicht, weil ihre Argumente nicht auf den Inhalt der durch sie beobachteten Selektion durch Kommunikationsformen zurückgreifen muß, um deren Bestehen zu erklären.

„Inhalt“ ist aus ihrem Aspekt ein beliebiger Platzhalter, der nicht weiter stört. Die Institutionenökonomik füllt diesen Platz mit (einer Selektion von) Verknüpfungen von Akteursinteressen und dazu dienlichen Handlungsweisen. Inhaltlichen Wandel kann sie aber nicht allein mit denselben Argumenten, also aus derselben Konfiguration des Inhaltes erklären, der deren Stabilität begründet. Eine systematische Erklärung institutionellen Wandels muß an den Bedingungen der Möglichkeit von Institutionen aufgehängt werden. Es gilt, Regelmäßigkeiten in der Überprüfung der Regel zu entdecken, z.B.: bei der Überprüfung

1. durch den individuellen Akteur, sobald das Gegenüber die Regel bricht, bzw.
2. eben nicht durch den Akteur, solange seine Interaktionspartner die Regel befolgen, oder
3. durch das Kollektiv, bzw. die regelsetzende Instanz, die in festgelegten Zeitabständen eine Regelrevision zur Disposition stellen kann, was temporäre Stabilität garantiert,
4. und Regelrevisionen nach einem vorhersehbaren und allgemein akzeptierten Verfahren beschließt, an dem alle Betroffenen direkt oder indirekt beteiligt sind.

Wenn die Institutionentheorie auf der Suche nach einem Mechanismus systematischen Wandels nach Halt sucht, kann sie ihn nicht in ihren eigenen Stabilitätsargumenten finden, wohl aber in systemtheoretischen Begründungen von Stabilität auf der grundlegenden Ebene der Regelmäßigkeit. Das setzen alle hier aufgezählten Veränderungsmechanismen voraus. Wenn Akteure auch nicht mit der ewigen Stabilität der gegenwärtigen Regeln rechnen können, **können sie sich doch darauf verlassen, daß es immer irgend eine Regel geben wird. Damit ist opportunistisches Verhalten nicht etwa ausgeschlossen, es ist nur ausgeschlossen, daß es zur Regel wird.**

---

<sup>89</sup> Vgl. dazu besonders Kap. 3 in Priddat 2004b.

**Wenn es aber stimmt, daß Regelmäßigkeit sich selbst stabilisiert, Unregelmäßigkeit aber nicht, ist es leicht einzusehen, warum staatliche Regelungen dazu tendieren, sich auszuweiten.**

Strukturell ist dieses Perpetuierungstheorem (genauer: ein Kontinuitäts-/Diskontinuitäts-Oszillogramm) identisch mit der autopoetischen Codierung des ökonomischen Systems über Zahlungen. Luhmann stellt für die Wirtschaft das Kriterium der Anschlußfähigkeit von Operationen in den Mittelpunkt: Zahlungen „... sind nur aufgrund von Zahlungen möglich und haben im rekursiven Zusammenhang der Autopoiesis der Wirtschaft keinen anderen Sinn als Zahlungen zu ermöglichen“.<sup>90</sup> So wie jede gelungene Transaktion zukünftige Transaktionen sichert, gilt für die Institutionen eine gewisse, wenn auch variante Regelmäßigkeit der Regelgeltung. Damit ist die Gewährleistung der Institution gesichert (wie bei den Zahlungsforderungen wie generierenden Transaktionen, denen „... eine im Prinzip unbegrenzte Zukunft eingebaut“ ist,<sup>91</sup> und zwar durch eine der Systemtheorie komplementäre Anschließungsoperation.

Doch besteht eine Differenz, auf die Baecker<sup>92</sup> aufmerksam macht: Zahlungen sind an Geld geknüpfte Transaktionen. Beide Effekte der Zahlung – man bekommt etwas und es fehlt einem das Geld – lösen Anschlußhandlungen aus. Die Anschließung der Institutionen wird weder über ein Medium vermittelt noch hat sie eine Notwendigkeit ökonomischer Art. Die Perpetuierung von Institutionen ist soziologischer Art: wenn man sich nicht mehr an die Regel hält, hält man sich an andere Regeln. Wenn ‚andere Regeln‘ nicht als Institutionen präsent sind, hält man sich/orientiert sich am Verhalten anderer (oder am eigenen Verhalten als einfacher Erfahrungs- oder Faustregel).<sup>93</sup>

Doch wäre das als ökonomische Erklärung ungenügend (und zudem ein bloß mimetisches Verfahren: *imitatio socialis*). Nehmen wir Tackes Hinweis auf und verwenden wir einen Transaktionsbegriff für die Perpetuierungsbehauptung der allfälligen Institutionalisierung. Es reicht nicht vollständig aus, sich allein darauf zu verlassen, daß es eine Regel geben wird, sondern die Beibehaltung einer Regel (=Institutionenmitgliedschaft) generiert Kosten, die durch andere, alternative Regeln minimiert werden können.

Allerdings haben alternative, neue Institutionen noch keine Gewährleistungssicherheit: man weiß nicht, ob sich andere ebenso daran halten, wie man selbst sich daran zu halten gewillt sein könnte. Das bloße Versprechen auf Transaktionskostenminimierung durch ein effizientes *institutional design* reicht eben nicht aus, um einen *institutional change* herbeizuführen: die Gewährleistung der aktuellen Institution ist sicherer. Folglich haben wir es nicht mit einer *choice of rules* zu tun, mit *keiner institutional choice*, bei der die jeweiligen Höhen der Transaktionskosten ausschlaggebend sind, sondern wir müssen uns auf vorlaufende Prozesse der Erosion des *institutional capital* konzentrieren, d.h. auf Prozesse der Entwertung von Transaktionskosten bzw. Entwertung der damit eingehandelten Leistungen bzw. Gewährleistungen der Regelgeltung.

---

<sup>90</sup> Luhmann 1994: 52.

<sup>91</sup> Luhmann 1994: 65.

<sup>92</sup> Baecker 2000.

<sup>93</sup> Vgl. Heiner 1990; vgl. auch Kap. 3 in Priddat 2004b.

Das Transaktionskostenargument zur Wahl einer alternativen Institution verliert mit zunehmenden Unterschieden in der Unsicherheit darüber an Bedeutung, wie viele Akteure an den jeweiligen Institution teilnehmen oder zukünftig teilnehmen werden. Das ist eine empirische Frage, die sich jeder Akteur stellen muß, wenn er daran denkt, die Institution zu wechseln. Erst wenn die Sicherheit der gegenwärtigen Institution bzw. die Erwartung dieser Sicherheit erodiert, erhöhen sich die Transaktionskosten (indem der Wert der Institution bzw. des *institutional capital* sinkt) aus anderen Gründen, als des *institutional design*. Und erst dann werden alternative Regelungen interessant, und je mehr sich anderen Institutionen zuwenden, um so schneller erodieren die alten.

Nicht die einfache Differenz von Transaktionskosten von Institutionen entscheiden über ihre Geltung (wir haben es nicht mit einer relativen Institutionenpreistheorie zu tun!), sondern die Versicherungen der Wertstabilität des *institutional capital*, das die *trust-dimension* prägt: Das *institutional capital* und in seiner Folge Transaktionskosten sind abhängig nicht nur von der Interaktionsform, sondern auch vom Populationsverhalten: die Neoklassik spräche hier wohl von positiven Netzwerkexternalitäten, die der Akteur aber nicht ohne weiteres übersehen kann. Die Unsicherheit über die Institutionenwahl der anderen geht mit der Unsicherheit über die zu erwartende Höhe der Transaktionskosten alternativer Institutionen einher, was die Brauchbarkeit dieses Entscheidungskriteriums beschädigt.

Das Perpetuationsargument unterschlägt diese möglichen Bewertungen/Entwertungen nicht, sondern gibt ihnen Halt: sie müssen noch nicht entscheidend werden, wenn den Akteuren deutlich wird, daß die Tatsache einer Regelbefolgung ihnen ein verlässlicheres Versicherungs- bzw. Gewährleistungsargument liefert als die unsicheren relativen Transaktionskostendifferentiale. Die systemtheoretische Imputation, das eine Regel gewiß gilt, reicht erst einmal aus, überhaupt einen Entscheidungsraum zu schaffen. Es geht dann zunächst darum, die hohen Transaktionskosten einer vollständigen Unsicherheit (=Regellosigkeit, Kontingenz) zu vermeiden; dafür sind die Kostendifferenzen zwischen alternativen Regelsystemen sekundärer Natur.

Ist das Fundamentalproblem (die Sicherung der Ordnung) gesichert, werden Transaktionskostendifferentiale bedeutsam für die *institutional choice*. Die reine Koordinationszusicherung reicht nicht, es geht um Koordinations- und Netzwerkqualitäten. Von hier an bekommen Institutionen dann neue Unsicherheiten zugespielt, weil die Teilnehmer sich Alternativen suchen, die ihnen effizienter erscheinen mögen. Es kann so etwas wie institutionaler Wettbewerb entstehen (z.B. informell, durch Konkurrenz vieler Subkulturen, politischer Parteien, *belief systems* etc.; z.B. formell, wie bei Williamson, in der Form der Koordinationsagentur). Solcher Wettbewerb kann Institutionen durch Mitgliedererosion invalid machen.

Ist die Sicherung der Sicherung hingegen nicht gewährleistet, sind die Formen der Institutionen minder wichtig als die Tatsache, daß überhaupt eine Geltung bekommt. Die Koordinationsleistung der Institution reicht als Leistung aus. Hier wird die Institutionenökonomie auch mit den *constitutional economics* ihre Komplementaritäten suchen.

Institutionen oszillieren zwischen Erwartungen und Transaktionskosten(differentialen). Je nachdem, welche dieser Qualitäten mehr kommuniziert wird, werden die Institutionen differenziert, geändert oder stabilisiert.

Die Akteure müssen übrigens, zumindest im Falle formeller Institutionen, keine Systemtheoretiker sein, um eine beständige Regelung ihrer Angelegenheiten zu erwarten; gerade die Anwesenheit einer zentralen Regelungsinstanz wird sie versichern, daß es immer eine Regelung geben wird. Eine Regelungsinstanz kann sich nicht entscheiden, sich selbst abzusetzen (was die Systemtheorie bestätigen kann). Bei informellen Institutionen liegt die Sache etwas anders. Dort gibt es keine zentrale Regierung, die ein Interesse daran hätte, ein Regelwerk zu erhalten, um ihre eigene Existenz zu begründen. Gerade hier müßten systemtheoretische Argumente der Institutionenökonomik beispringen:

1. Eine effiziente Stabilisierung von Regelwerken bedarf institutionentheoretisch einer neutralen Instanz, deren Wirken nicht eigeninteressiert auf den Ausgang der geregelten Interaktionen gerichtet ist, sondern lediglich auf deren Ermöglichung. Ein neutraler Schiedsrichter muß auf andere Weise von der Gültigkeit einer Institution profitieren als die betroffenen Akteure.
2. Läßt sich zeigen, daß ‚die‘ Gesellschaft oder ein bestimmter Teil davon sich zu einem ‚autopoietischen‘ System entwickelt hat, dessen Existenz direkt von der Gültigkeit dieser Institutionen abhängt, das aber (wegen operativer Schließung) ansonsten kein weiteres Interesse verfolgt, das die Interaktion der Akteure inhaltlich beeinflussen könnte, läßt sich dieses System als der geforderte neutrale Schiedsrichter interpretieren. Im Falle formeller Institutionen wäre dies das Rechtssystem, bei informellen eine noch zu bestimmende Kommunikationsgemeinschaft.
3. Schreibt die Systemtheorie vor, daß ein derartiges System aus institutioneller Kommunikation zur Sicherung ihres Überlebens angesichts dynamischer Umwelten eine gewisse inhaltliche Flexibilität wahren muß, ist weiter zu erforschen, inwiefern sich langfristig die systemisch geforderte Flexibilität mit der aus Akteurssicht erforderlichen institutionellen Stabilität (*trust-dimension*; Gewährleistung) verträgt oder nicht. Grundsätzlich sind die Positionen jedenfalls vereinbar: System wie Akteure haben ein Interesse daran, daß ein institutioneller Regelungszusammenhang langfristig besteht, selbst wenn dazu gelegentliche Korrekturen von Teilregelungen erforderlich sind. Ab dieser Stelle steht die Institutionenökonomik in einer theoretischen Bringschuld, die ihr die Systemtheorie nicht abnehmen kann.

Wir können hier nur die theoretische Richtung andeuten, die es zu erforschen gilt: Für Entscheidungstheorien, die hier einsetzen können, heißt das, daß Akteure regelmäßig in alternativen Regelszenarien denken und nicht etwa Regel und Regelbruch gleichgewichtig oder in gleicher Weise erwarten und bewerten werden. Das hat Auswirkungen auf die Weise, in der Opportunitätskosten in Anschlag gebracht werden können. Der Umstand verweist im Ansatz

wieder auf das *mental model*-Konzept, was aus Konsistenzgründen erfreulich ist, zielt nun aber nicht mehr nur auf institutionelle Stabilität, sondern auf institutionellen Wandel.

Das ist eine entscheidende Änderung; das *shared mental model*, das North eingeführt hatte, um die Stabilität von Regelbefolgung mit dem neuen *homo rationalis* der neuen kognitivistisch begründeten *bounded rationality* zu erklären, muß sich – und das wäre eine nächste Erweiterung des institutionenökonomischen Paradigmas – kommunikativ öffnen. Diskurse und Sprachspiele einer als *linguistic community* interpretierten Institutionenpopulation klären die Sinn- und Regeländerungen, und zwar durchaus genuin wie extern beeinflusst: durch Kontextdiskurse wie –einflüsse.

Hier läßt sich an die Systemtheorie im Maße der hohen Flexibilisierung anschließen, aber zugleich nimmt die Institutionenökonomie eine eigene Wendung, da sie die Kommunikation auf Diskurse, *issue-handling* und Thematisierungen fokussiert, innerhalb derer neue Regelfoki sich herausbilden können: neue informelle Regeln, Leitbilder, Themen, *frames* etc.

Über Andeutungen bei Denzau/North zur Frage der Relationierung von Institutionen und Kommunikation ist die Forschung hierzu noch nicht hinaus gelangt.<sup>94</sup>

Denn wenn es nicht mehr um institutionelle Stabilität geht, sondern um institutionellen Wandel, ist das kohärenzerzeugende Moment, wie D.C. North die ‚shared mental models‘ versteht, nicht mehr nur subjektiv über normative Erwartungen, sondern *erstens* akteursseitig über kognitive Erwartungen generiert<sup>95</sup> und zweitens netzwerkseitig auch im Wandel über formale Selektion möglicher Anschlußoperationen kontingenten Inhalts gestützt.

Normative Erwartungen oder, wie auch thematisiert, einfaches Regelbefolgen (als ‚schwarmtheoretisches‘ lokales Orientieren an den jeweils nächsten Akteuren und deren Bewegungen) werden durch Phänomene wechselseitiger Kontingenz ersetzt, die ihre jeweilige institutionelle Fokussierung erst herausbilden müssen. Folglich kann ‚Institution‘ keine Unsicherheitsreduktion leisten, ohne Verfahren anzubieten, die die im ‚shared mental model‘ bereits schon unterstellte Kohärenz erst ausbilden. Es geht dann nicht vordringlich darum, opportunistisches Verhalten zu unterbinden, sondern neu zu formieren: nämlich als Opportunismen auf einen neuen institutionellen Fokus hin, den die Teilnehmer verstehen und deshalb ihre Erwartungen neu daran ausrichten.

Es geht dabei nicht um die Kommunikation der eigenen Erwartungen, die für die anderen aktuell normiert werden, sondern um die pragmatische Verwendung von kommunikativer Strukturen mit der abstrakteren Erwartung, daß Probleme und Erwartungsdivergenzen kooperativ gelöst werden können: Verfahrenskompetenz zur Regelgenerierung statt schlichter Regelbefolgung.<sup>96</sup>

---

<sup>94</sup> Vgl. Priddat 2000 wie auch Kap. 4+6+8 in Priddat 2004b. Vgl. allerdings auch für Innovationsprozesse Mambrey /Pateau/Tepper 1995, aber auch Meyer/Rowan 1977.

<sup>95</sup> Vgl. Gessner 1996.

<sup>96</sup> Doch sind schwarmtheoretische Analysen (Neef 2003) ebenso bedeutsam: Schwärme sind heterarchische Verhaltenskoordinationsagentien. Über signaling einzelner Mitglieder bilden sich Verhaltensregeln heraus, die situative Interpretationen genereller Schwarmmuster sind. Über verschiedene Kommunikationsweisen, die den ganzen Schwarm einbeziehen, werden institutionelle Muster bzw. Regeln der Verhaltenskoordination bestätigt wie geändert. Die institutionelle Stabilität ist dann ein Ergebnis von Invarianz/Varianz des Schwarmsbewegungspfad (vgl. Bonabeau/Dorigo/Theraulaz 1999).

## G. Fazit

System- wie Institutionentheorie bieten im internationalen Kontext ihrer jeweiligen Disziplin heterodoxe Perspektiven auf Wirtschaft und Gesellschaft. Wir haben zu zeigen versucht, daß sich die jeweiligen Theoriesprachen nicht nur teilweise ineinander übersetzten lassen, sondern sich auch bei allen Unterschieden gegenseitig ergänzen können. Die Systemtheorie liefert, als die abstraktere Theorie, Argumente über die Bedingungen der Möglichkeit von Institutionen, die deren grundsätzliche Beständigkeit auch im Wandel unterstützen. Die Kernthesen lauten:

- | daß Regelmäßigkeit sich im Gegensatz zur Unregelmäßigkeit selbst stabilisiert und
- | daß Akteure damit rechnen können, und daher
- | Institutionelle Unsicherheiten im institutional flow: eigenen wie fremden Opportunismus an der basalen Sicherheit der Institutionalisierung aufhängen können.

Die Institutionentheorie kann nun damit arbeiten, um innerhalb ihres derart stabilisierten Theoriegebäudes nach Mechanismen institutionellen Wandels zu suchen.



## H. Literatur

- Anderson, P. / Tushman, M.L. (1990): Technical Discontinuities and Dominant designs: A Cyclical Model of Technical Change, 604 – 633 in: *Administrative Science Quarterly* 35,
- Aoki, M. / Gustafsson, B. / Williamson, O.E. (1990) (eds.): *The Firm as a Nexus of Treatise*, London: Sage.
- Arthur, W.B. (2000): Cognition: the black box of economics, 51 – 62 in: Colander, D.Ch. (ed.): *The complexity vision and the teaching of economics*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Anderson, P. / Tushman, M.L. (1990): Technical Discontinuities and Dominant designs: A Cyclical Model of Technical Change, 604 – 633 in: *Administrative Science Quarterly* 35,
- Ashby, W.R. (1958): Requisite variety and its implications for the control of complex systems, in: *Cybernetica*, 1(2).
- Axelrod, R. (1984): *The Evolution of Cooperation*, NY.
- Baecker, D. (1999): *Organisation als System*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Baecker, D. (2000): *Die Form der Zahlung*, unveröffentl. Manuskript, Universität Witten/Herdecke.
- Baecker, D. (2003): *Organisation und Management*, Ffm.: Suhrkamp.
- Barzel, Y. (2002): *A Theory of the State*, Cambridge: Cambridge University Press
- Beckert, J. (1999): Agency, Entrepreneurs, and Institutional Change. The Role of Strategic Choice and Institutionalized Practices in Organizations, 777 – 799 in: *Organization Studies*, Vol. 20, Nr. 5
- Blümle, G. / Goldschmidt, N. / Klump, R. / Schaeunberg, B. Senger, H. von (2004) (Hrsg.): *Perspektiven einer kulturellen Ökonomik*, Münster: Lit-Verlag
- Bonabeau, Eric / Dorigo, Marco / Theraulaz, Guy (1999): *Swarm Intelligence: From Natural to Artificial Systems*, New York, NY: Oxford University Press, Santa Fe Institute Studies in the Sciences of Complexity.
- Brennan, G. / Buchanan, J.M (1993): *Die Begründung von Regeln. Konstitutionelle Ökonomie*, Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Brousseau, E / Glachant, J.-M- (2002): *The Economics of Contracts: theories and applications*, Cambridge University Press.
- Coase, R. (1937): The Nature of the Firm, in: *Economica*, 4, 386-405.
- Coase, R. (1960): The Problem of Social Costs, in *Journal of Law and Economics*, Vol. 1, 1-44.
- Denzau, A.T. / North, D. (1994): Shared Mental Models: Ideologies and Institutions, in *Kyklos*, 47/1, 3- 31.
- DiMaggio, P.J. (1994): Culture and Economy, 27 – 57 in: Smelser, N.J. / Swedberg, R. (eds.): *Handbook of Economic Sociology*, Princeton
- Dixit, A. K. (1996): *The Making of Economic Policy: A Transaction-Cost Politics Perspective*, Cambridge/Mass./London: The MIT Press.
- Epstein, R.(1995): *Simple Rules for a Complex World*. Cambridge, Massachusetts, London: Harvard University Press.

- Frey, B.S. (2000): Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre? In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 1, S. 5-33.
- Gebauer, M. (2004): Anklage macht der Folter den Prozeß, Spiegel Online am 20.2.2004, <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,287371,00.html> [Stand: 5.4.2004].
- Gessner, Volkmar (1996): Kognitive Elemente sozialer Ordnung, in: Frommel, Monikja / Gessner, Volkmar (Hrsg.): Normenerosion, Baden-Baden: Nomos.
- Grief, A. (1994): Cultural Beliefs and the Organization of Society: A Historical and Theoretical Reflection on Collectivist and Individualistic Societies, 912 – 950 in: Journal of Political Economy 102, Nr. 5.
- Hall, P.A. / Taylor, R.C.R. (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, MPIFG Discussion Paper 6/6.
- Hartmann, M. / Offe, C. (2001) (Hrsg.): Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts, Ffm.: Campus.
- Hegmann, H. (2004): Implizites Wissen und die Grenzen mikroökonomischer Institutionenanalyse, 11 – 28 in: Blümle, G. / Goldschmidt, N. / Klump, R. / Schaeunberg, B. Senger, H. von (Hrsg.): Perspektiven einer kulturellen Ökonomik, Münster: Lit-Verlag
- Heiner, R.A. (1990): Rule-Governed Behavior in Evolution and Human Society, S. 19 ff. in: Constitutional Political Economy, vol. 1, no. 1.
- Herrmann-Pillath, C. (2002): Grundriß der Evolutionsökonomik, München.
- Jacobs, J. (1994): Systems of Survival: A Dialogue on the Moral Foundations of Commerce and Politics, Atlanta: Vintage Books USA.
- Jakobson, R. (1971): das Nullzeichen, in: ders. (Hrsg.): Word and language. Selected writings, vol. 2. The Hague, Paris, 220-222.
- Jandt, F.E. (1998): Intercultural Communication. Thousand Oaks, London, New Delhi: SAGE Publications.
- Jensen, St. (2003): Die politische Gesellschaft. Von Luhmann zu Parsons, in: Hellmann, K.-U. et al. (Hrsg.): Das System der Politik. Niklas Luhmanns Politische Theorie, Wiesbaden.
- Jokisch, R. (1996): Logik der Distinktionen. Zur Protologik einer Theorie der Gesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kasper, W. / Streit, M.E. (1998): Institutional Economics. Social Order and Public Policy. Cheltenham, Northampton: Edward Edgar.
- Kirchgässner, G. (1991): Homo oeconomicus, Tübingen: Mohr/Siebeck.
- Knight, J. / North, D.C. (1997): Explaining Economic Change: The Interplay between Cognition and Institutions, Legal Theory 1977.
- Küpper, W. / Ortman, G. (1998) (Hrsg.): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Latour, B. (2003): Die Versprechen des Konstruktivismus. In: Huber, Jörg (Hrsg.): Person/Schauplatz. Wien, New York: Springer, S.183-208.
- Locke, J. (1977): Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt a.M.
- Luhmann, N. (1970): Institutionalisierung – Funktion und Mechanismus im sozialen System der Gesellschaft, in: Schelsky, H. (Hrsg.): Zur Theorie der Institution, 27-41, Düsseldorf.

- Luhmann, N. (1964): Funktionen und Folgen formaler Organisation (5. Auflage 1999), Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, N. (1964a): Brauchbare Illegalität, in ders.: Funktionen und Folgen formaler Organisation (5. Auflage 1999), Berlin: Duncker & Humblot, S. 304-314.
- Luhmann, N. (1981a): Organisation und Entscheidung, in: ders. (Hrsg.): Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation (3. Auflage 1993). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1984): Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1988) Sozialsystem Familie, in System Familie, Heidelberg: Springer, S. 75-91.
- Luhmann, N. (1990): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdung einstellen? Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1991a): Soziologische Aufklärung, in: ders. (Hrsg.) Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdeutscher Verlag (6. Auflage).
- Luhmann, N. (1993) Die Paradoxie des Entscheidens. In: Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, 84. Band, Heft 3, 1.7.1993.
- Luhmann, N. (1994): Die Wirtschaft der Gesellschaft, Ffm.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1995): Das Recht der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1998), Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1998a): Organisation. In: Willi Küpper; Günther Ortman (Hrsg.): Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 165-185.
- Luhmann, N. (2000): Organisation und Entscheidung, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (2000a), Die Paradoxie des Entscheidens, in: ders.: Organisation und Entscheidung, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (2002): Einführung in die Systemtheorie. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme Verlag.
- Luhmann, N. (2002b): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Luhmann, N (1981) (Hrsg.): Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation (3. Auflage 1993). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1991) (Hrsg.): Soziologische Aufklärung 1. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Opladen: Westdeutscher Verlag (6. Auflage).
- Mambrey, P. / Pateau, M. / Tepper, A. (1995): Technikentwicklung durch Leitbilder: neue Steuerungs- und Bewertungsinstrumente, Ffm.
- McFadden, D. (2001): Economic Choices, 351 – 378 in: The American Economic Review Vol. 91, Nr. 3.
- March, J.G. (1994): A Primer on Decision Making. How Decisions are Made, New York.
- Maturana, H.R. (1982): Erkennen. Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg.
- Maturana, H. / Varela, R. / Francisco, G. (1982): Autopoietische Systeme: eine Bestimmung der lebendigen Organisation, in: Humberto R. Maturana: Erkennen. Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg, S. 170-235.

Menard, C. (2000) (ed.): *Institutions, Contracts and Organizations*, Cheltenham: Edward Elgar.

Meyer, J.W. / Rowan, B. (1977): *Institutionalized Organizations: Formal Structure as a Myth and Ceremony*, 340 – 363 in: *American Journal of Sociology*, Vol. 83, Nr. 2

Nau, H.H. (2004): *Reziprozität, Eliminierung oder Fixierung? Kulturkonzepte in den Wirtschaftswissenschaften im Wandel*, 249 – 270 in: *Blümle/Goldschmidt/Klump/Schauenberg/von Senger 2004*

Neef, Andreas (2003): *Leben im Schwarm. Ein neues Leitbild transformiert Gesellschaft und Märkte*, [http://www.changex.de/d\\_a00924print.html](http://www.changex.de/d_a00924print.html).

Nelson, R. / Winter, S. (1982): *An Evolutionary Theory of Economic Change*, Cambridge, MA.

Nooteboom, B. (2002): *Trust. Forms, Foundations, Functions, Failures and Figures*, Cheltenham: Edward Elgar

North, D. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*, Cambridge.

Priddat, B.P. (2000): ‚communication of the constraints on action‘. K.J. Arrow über Kommunikation, in: *Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 220, H. 4, Juli 2000.

Priddat, B.P. (2004): *Organisation und Sprache*, 147 – 180 in: Wieland, J. (Hrsg.): *Governance im Diskurs*, Marburg: Metropolis.

Priddat, B.P. (2004b): *Strukturierter Individualismus. Institutionen als ökonomische Theorie*, Marburg: Metropolis (erscheint Herbst 2004)

Richter, R. / Furubotn, E.G. (2003): *Neue Institutionenökonomik: eine Einführung und kritische Würdigung*, Tübingen.

Rubin, P:H. (1990): *Managing Business Transactions*, N.Y.: The Free Press

Rubinstein, A. (1998): *Modeling Bounded Rationality*, Cambridge: MIT Press

Samuelson, L. (2004): *Modeling Knowledge in Economic Analysis*, 367 – 403 in: *Journal of Economic Literature*, June 2004, Vol. XLII, Nr. 2.

Saussier, St. ((2000): *When incomplete contract theory meets transaction cost economics: a test*, 376 – 398 in: Menard 2000.

Schiepek, G. (1987): (Hrsg.): *Systeme erkennen Systeme: Individuelle, soziale und methodische Bedingungen systemischer Diagnostik*. München: BeltzPVU

Schwarz, J.R. (1987): *Die neuronalen Grundlagen der Wahrnehmung*, in: Günter Schiepek (Hrsg.): *Systeme erkennen Systeme: Individuelle, soziale und methodische Bedingungen systemischer Diagnostik*. München: BeltzPVU.

Simon, H. A. (1982): *Models of Bounded Rationality and Other Topics in Economic Theory*, 2 vols. Oxford, Cambridge, MA: MIT Press

Smith, V.L. (2003): *Constructivist and ecological rationality in economics*, 465 – 508 in: *The American Economic Review* Vol. 93, Nr.3

Spencer-Brown, G. (1969) : *Laws of Form*, London.

Streit, [M.E.](#) / Mummert, [U.](#) / Kiwit, [D.](#) (2000) (Hrsg.): *Cognition, Rationality, and Institutions*. Berlin, Heidelberg and New York: Springer.

Tacke, V. (1999): *Beobachtungen der Wirtschaftsorganisation: eine systemtheoretische Rekonstruktion institutionenökonomischer und neo-institutionalistischer Argumente in der*

- Organisationsforschung, in: Edeling, T. et al. (Hrsg.): Institutionenökonomie und neuer Institutionalismus: Überlegungen zur Organisationstheorie.
- Tietzel, M. (1981): Die Rationalitätsannahme in den Wirtschaftswissenschaften oder Der homo oeconomicus und seine Verwandten. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 32.
- Tolbert, P. / Zucker, L.G. (1996): The Institutionalization of Institutional Theory, 175 – 190 in: Cleeg, S.R. / Hardy, C. / North, W.R. (Hrsg.): Handbook of Organization Studies, London
- Varela, F.J. (1990): Kognitionswissenschaft-Kognitionstechnik. Eine Skizze aktueller Perspektiven. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Voigt, St. (2002): Institutionenökonomik, München: Fink (UTB)
- Watzlawick, P. (1976): Wie Wirklich ist die Wirklichkeit?. Wahn Täuschung Verstehen. München, Zürich: P. Piper, S. 38 f.
- Weick, K.E. (1995), in: Der Prozeß des Organisierens. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.174-211.
- Wieland, J. (1999): Die Ethik der Governance, Marburg: Metropolis.
- Williamson, O.E. (1973): Market and Hierarchies, 316 – 325 in: AER Papers and Proceedings, 63
- Williamson, O.E. (1996a): The Mechanism of Governance, Oxford: Oxford University Press
- Witt, U. (2003): On the proper interpretation of 'Evolution' in economics and its implications, e.g. for production theory, Papers on economics and evolution, Max-Planck-Inst. for Research into Economic Systems, Jena.
- Wolf, D. (2004): Ökonomische Sicht(en) auf das Handeln. Ein Vergleich der Akteursmodelle in ausgewählten Rational-Choice-Konzeptionen, Dissertation, Wirtschaftsfakultät Witten/Herdecke Juni 2004.